

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Er erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spfr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11588
45. Jahrgang Hamburg, 12. September 1931 Nummer 37

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main

I.
Die Tagung des 14. Gewerkschaftskongresses wurde am 4. September beendet. Die gleich zu Beginn vorherrschende Kampfesstimmung gab dem Kongress eine besondere Prägung, so daß die Gesamttagung einen wichtigen, eindrucksvollen Verlauf nahm. Die machtvolle Kundgebung, die die Gewerkschaftsmitglieder in Groß-Frankfurt, Hessen und Hessen-Nassau, in Verbindung mit der Gewerkschaftsjugend, der S.V., dem Reichsbanner, den Sportlern und den Arbeiterkämpfern am Tage vor der Eröffnung des Kongresses auf dem Festhallengelände am Platz der Republik veranstaltete, war ein glänzender Auftakt zu den hohen Aufgaben des Arbeiterparlamentes, das in der bitter schweren Zeit der Not im Zeichen des Kampfes um die Verteidigung der Rechte des Arbeiters zusammentrat.

306 Delegierte waren anwesend, die 4,7 Millionen Mitglieder vertraten. Außerdem waren anwesend die Sekretäre des Bundesvorstandes, die Bezirkssekretäre des DGB, zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland und eine große Zahl von Behördenvertretern, an deren Spitze der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Leipart an den ersten Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine im Juni 1863 in Frankfurt und an die Tätigkeit Ferdinand Lassalles. Als der Gewerkschaftskongress vor 32 Jahren in Frankfurt zusammen trat, hatten die Gewerkschaften 495 000 Mitglieder. Karl Legien hat diese Mitgliederzahl als einen bedeutsamen Fortschritt bezeichnet. Heute führt der Fahne der Gewerkschaften zehnmal soviel Arbeiter und Arbeiterinnen, 1899 wurde gekämpft für die Anerkennung der Tarifverträge, heute arbeiten unter weit verbesserten Verträgen in Deutschland mehr als 12 Millionen Arbeiter. Der Fortschritt in diesen 32 Jahren ist gewaltig.

Es war sicher mehr als ein Symbol, daß der gleiche Mann, der den Kongress vor 32 Jahren eröffnet hatte, auch den diesjährigen begrüßen konnte. 1899 sprach der Genosse Graf als Arbeitersekretär und diesmal als Bürgermeister der Stadt Frankfurt. Schon hierin zeigt sich der bedeutende Wandel in diesem Zeitraum. Damals hatte die Stadt Frankfurt a. M. eine Ausgabe für soziale Hilfe von 3 Millionen Mark, während 1930 das 14fache dafür aufgewandt werden mußte. Auch was der Vertreter des Ortsausschusses des DGB, Kollege Wisbach, in seiner Begrüßungsansprache anführte, begegnete dem lebhaften Interesse des Kongresses. Vor 30 Jahren hatte Frankfurt 8700 Gewerkschaftsmitglieder, und jetzt 72 000. Damals wurden in Frankfurt von den Gewerkschaften für Unterstützungen 31 000 M. ausgegeben, im Vorjahre betrug die Unterstützungssumme 2,1 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung um das 70fache.

Die Begrüßungsrede des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald wurde vom Kongress mit lebhafter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Stegerwald gab zu, daß er den Arbeitern in der letzten Zeit allerlei haben zu müssen, trotzdem trete er mit gutem Gewissen vor diesen Kongress. In seinen Ausführungen hob der Minister hervor, daß er davon überzeugt sei, daß ein anderer Arbeitsminister keine bessere Politik als die seinige zu machen in der Lage gewesen wäre. Neben Staat und Wirtschaft stehe gegenwärtig die deutsche Sozialpolitik vor der größten Krise seit ihrem Bestehen. Die Sozialversicherung namentlich werde von der scharfen Krise heimgesucht. Jede Regierung stehe gegenwärtig vor drei großen Fragen. 1. Was muß seitens der Welt, und was kann seitens Deutschlands geschehen, zur endgültigen Befriedigung Europas? 2. Wie retten wir die Wesensbestandteile des demokratischen Staates über die Krise hinweg und 3. wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Nur wenn es gelingt, diese Probleme zu lösen, werden wir Wirtschaft und Arbeiterbewegung vor dem Zusammenbruch retten. Die deutsche Wirtschaft und namentlich Reich, Staat und Gemeinden, hätten in der Vergangenheit großes geleistet. Die Wirtschaft sei in zahlreichen Zweigen überflutet und sei so zum Sparen gezwungen. In Notzeiten wie jetzt seien Gehälter von

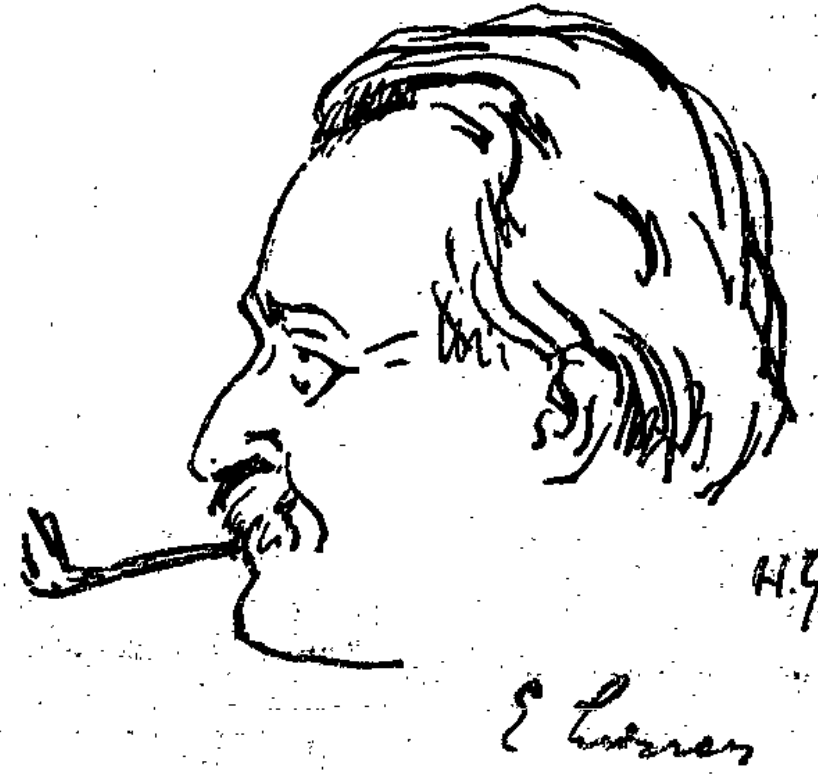
300 000 M. und darüber ein Volksärgernis und unverantwortlich. Eine Senkung der Löhne und Gehälter als Mittel zu betrachten, müsse er rundweg ablehnen. Auch scheint ihm ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung ausgeschlossen. Gerade in Krisenzeiten sei ein staatlicher Schutz der Lohn- und Gehaltsempfänger unentbehrlich. Stegerwald ging dann auf die Krise der Sozialversicherung und der Arbeitslosenunterstützung ein. Neben den 4 Milliarden, die die alte Sozialversicherung jährlich kostet, sollen künftig weitere 3½ Milliarden zur Unterhaltung der Arbeitslosen aufgebracht werden. Der deutsche Arbeitsminister soll also 30mal soviel Mittel aufbringen, als die Jahreseinnahme der dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften ausmachen. Das sei eine schwere Aufgabe. Allein in den nächsten 7 Monaten müssen für die Arbeitslosen 2 Milliarden Mark aufgebracht werden. Deshalb habe das Reichsarbeitsministerium zu prüfen, 1. inwieweit die Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können; 2. inwieweit periodische Auswechslungen einzelner Arbeitergruppen mit Arbeitslosen möglich seien; 3. inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich sei; 4. ob die Unterstützung der Arbeitslosen in Form von Naturalien geschehen könne. In diesem Zusammenhang müssen Wege gefunden werden, daß die Unterstützungsbedürftigen blutig mit Lebensmitteln, Kohlen usw. versorgt werden können. Hier erwache den Städten und Konsumvereinen eine hohe Aufgabe. Die deutsche Bevölkerung habe schon schlimmere Zeiten als heute durchgemacht. Wenn es früher an Lebensmitteln gefehlt habe, so besitzen wir gegenwärtig daran einen Überfluß. Es sei unter allen Umständen zu verhindern, daß Teile der deutschen Bevölkerung nicht bei überfüllten Lagern zu hungern gezwungen sei. Die deutsche Arbeiterschaft zähle zu den geistig aufgewecktesten und intelligentesten Arbeitertypen der Welt. Dazu habe jahrzehntelange Schulung der Gewerkschaften sehr wesentlich beigetragen. Gewerkschaftsarbeit sei Denkarbeit und Geduldsarbeit. Mit dem Wunsche, daß sich diese Tagung günstig für das Gesamtwohl auswirken möge, schloß der Reichsarbeitsminister seine Begrüßungsansprache.



K. Leipart

Kollege Leipart dankte dem Minister für seine Rede. Der Gewerkschaftskongress hätte aber erwartet, daß der Reichsarbeitsminister ihm eine freudige Überraschung bezüglich der Durchführung der 40-Stunden-Woche gebracht hätte. Wenigstens doch in einzelnen Industriezweigen. Leider seien die Hoffnungen der Kongressmitglieder umsonst gewesen. Leipart schloß mit dem Wunsche, daß der Minister stark bleiben möge in der Verteidigung der Interessen der Arbeiter, dann würde er der Unterstützung der Gewerkschaften sicher sein.

Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete Leipart in einer großangelegten Rede, in der er alle Fragen behandelte, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Wenn der Hamburger Gewerkschaftskongress den Delegierten ein Buch über die „Wirtschaftsdemokratie“ überreichen konnte, so erhalten die Delegierten heute ein Sammelwerk, das sich mit den Nöten des Augenblicks beschäftigt: „Das Buch über die



40-Stunden-Woche.“ Es ist zu hoffen, daß dieses Buch die gleiche Aufmerksamkeit wie die frühere Schrift über die Wirtschaftsdemokratie finden möge. Die Gewerkschaften sind nicht müde geworden, den wirtschaftsdemokratischen Gedanken weiter zu verfolgen. Die Krise der deutschen Wirtschaft, die Vorkommnisse der jüngsten Zeit, haben eine Kontrolle der privaten Wirtschaft als dringend notwendig erscheinen lassen. Deshalb haben die Gewerkschaften Vorschläge zur Aktienreform gemacht und Kontrolle der Banken durch ein Bankenausschuss gefordert. Ausführlich besprach Leipart die Arbeitslosigkeit und die mit ihr zusammenhängenden Probleme. Es sei eine Verlagerung der Unterstützung aus der Versicherung in die Krisenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtspflege eingetreten. Die Gewerkschaften haben gefordert, daß die Krisenfürsorge und die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden. Leipart forderte, daß bezüglich der Arbeitsbeschaffung die größtmöglichen Anstrengungen gemacht werden. Ein Mittel, die vorhandene Arbeitsmenge auf möglichst viele Personen zu verteilen, sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf das Gebiet der Sozialversicherung übergehend, streifte er alle die eingetretenen Schwierigkeiten und legte dazu den Standpunkt der Gewerkschaften dar. Bezüglich der Wählbarkeit der Kommunisten machte Leipart die Feststellung, daß das Experiment der Moskauer Gewerkschafts-Internationale, eigene Organisationen aufzubauen, und die Kommunisten in der RSD. zusammenzufassen, fehlgeschlagen sei. Zum Schluß besprach er die in letzter Zeit aufgetauchten Fragen zur internationalen Lage.

Der mit großem Beifall aufgenommenen Rede folgte eine lebhafte Aussprache, wobei die Redner die Gelegenheit wahrnahmen, den Reichsarbeitsminister über diesen und jenen Punkt und über spezielle Berufsverhältnisse der einzelnen Arbeiterkategorien aufzuklären.

Im Schlußwort stellte Leipart verschiedene Ausführungen richtig und gab Auskunft über die vorgebrachten Klagen und Beschwerden. Die Gewerkschaften hätten wie vorgebracht, keine Furcht vor der sozialen Revolution. Wir stehen, so erklärte er, in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin. Zwei zu diesem Punkt vorliegende Entschließungen, die wir an anderer Stelle dieser Nummer bringen, gelangten zur Annahme.

Das Thema: Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“ be-

handelte der Referent Professor Dr. Lederer, Heidelberg, in umfassender Weise. Da dieser Vortrag alsbald in Form einer Broschüre in einer Massenausgabe den Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich gemacht werden soll, können wir uns kurz fassen. Der Referent erläuterte den Unterschied zwischen den früheren und der heutigen Krise, des ferneren die technische Revolution des Produktionsprozesses, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, die Krise auf den internationalen Geldmärkten, die Demunition des Warenstromes durch Zollmauern, um zum Schluß die Notwendigkeit einer generellen Arbeitszeitverkürzung überzeugend darzulegen.

Auch dieser Vortrag war Gegenstand einer lebhaften Aussprache, in der des Referenten Ausführungen in vielen Punkten ergänzt wurden.

In seinem Schlusswort behandelte Professor Lederer noch einmal die Frage des Kreditmechanismus. Es sei schwer, die bisherigen Gepflogenheiten bezüglich der Erhöhung der Geldmenge durch ein neues System abzulösen. Jedenfalls könne die Ausweitung der Geldmenge nur international geschehen. In eindringlicher Weise verstand es Lederer, zum Schluß die hervorragende Solidarität der Arbeiterschaft hervorzuheben, die darin liegt, daß man sich zur Teilung der vorhandenen Arbeitsmenge bereit findet, ohne Rücksicht auf persönliche Opfer.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung fand die einstimmige Annahme des Kongresses.

Das ausgezeichnete Referat des Altonaer Oberbürgermeisters Brauer über „Öffentliche und private Wirtschaft“ kann als der Höhepunkt des Kongresses bezeichnet werden. Scharf wurden von ihm die unberechtigten Angriffe auf die kommunale Wirtschaft abgewehrt. Mit Temperament ging Brauer zum lebhaften Angriff über und legte sich für die Wirtschaftsdemokratie energisch ins Zeug. Er begann seinen Vortrag mit dem geschichtlichen Nachweis, daß es bereits seit Jahrhunderten eine staatliche und kommunale Wirtschaft gegeben hat. Gerade in der Blütezeit des manchesterlichen Liberalismus erfolgte der Übergang in öffentlichen Besitz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Öffentliche Wirtschaft ist auch eine hervorragende soziale Angelegenheit. Alle möglichen Leute schwächen und reden über die Korruption der öffentlichen Wirtschaft und der Behörden. Dabei ist hier niemals eine solche lotterhafte Wirtschaftsführung offenbar geworden, wie sie in Privatbetrieben in letzter Zeit enthüllt wurde; eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit, die außerdem mit sehr wenig Moral geführt wird. Deshalb muß das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß dieser mit großem Beifall aufgenommene Vortrag ebenfalls durch einen Sonderdruck in Massen verbreitet werden soll.

In der Aussprache zu diesem Punkt kamen zum Wort Vertreter des Gesamtverbandes, der Eisenbahner, des Baugewerksverbandes, des Landarbeiterverbandes und des Musikerverbandes. Das Schlusswort Brauers war nicht minder interessant als der Vortrag. Die großen Anforderungen an die Gemeinden hätten die akute Gefahr des traffen Zusammenbruchs vieler Gemeinden nahegerückt. Es muß dringend davor gewarnt werden, industrielle Betriebe der Gemeinden in der jetzigen Zeit zu veräußern. Erstens müßten sie zu einem Spottgeld losgeschlagen werden und würden niemals zurückkommen. Was den Gemeinden not täte, wäre ein Stillhalteprogramm, damit sie vor dem Entzug von kurzfristigem Kapital gesichert sind. Bezüglich der Umordnung der Hauszinssteuer in eine Grundschuld des Hausbesitzes sei eine dringende Warnung am Platze. Der Gedanke an sich sei nicht ungesund,

aber der von den Hausbesitzern vorgelegte Plan müsse eine gründliche Abänderung erfahren und eine weit höhere Rente bringen. Unverantwortlich sei die Jahrzehnte andauernde Subvention an die ostelbische Landwirtschaft. Es sei besser, der Staat würde die gesamten Güter aufkaufen und sie in Siedlungsgelände verwandeln. Ein Zurück in die Periode des Manchesterturns würde es niemals mehr geben. Die öffentliche Wirtschaft wäre ein starker Bestandteil der zukünftigen Entwicklung. Ein



Oberbürgermeister Brauer

demokratischer Staat ohne Selbstverwaltung ist unmöglich. Es sei lebhaft zu begrüßen, daß der Gewerkschaftskongress das Problem, öffentliche und private Wirtschaft, zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht habe.

Der Volksstaat und die Volksstaatsbürger

In unserer deutschen Vergangenheit war es äußerst schwer, das Volk politisch zu schulen. Diese Schulung wurde von der Staatsleitung eben nicht gewünscht. Ueber das wahre geschichtliche Werden der Dinge, über das naturgesetzliche Entstehen neuen, zukunftsnotwendigen Lebens, über die wahren Ursachen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens sollte das Volk möglichst im Dunkeln bleiben. Es wurde zu politischer Gleichgültigkeit erzogen; denn Gleichgültigkeit hat Nichtwissen, Nichtwollen und Nichtkönnen zur unvermeidlichen Folge. Friedrich Naumann hat die Verhältnisse einmal so gezeichnet: „Bismarck wurde der politische Meister des deutschen Denkens; aber nicht der Erzieher zur politischen Einzelstätigkeit. Infolgedessen liegt direkt hinter der Schicht vom Jahre 1848 im geistigen Leben der deutschen Nation eine Schicht von völlig anderer Konstruktion. Ihre nächsten Nachfolger aber verzichteten auf eigenes Wollen und Denken unter dem übermächtigen Eindruck, daß eine Art von Genius beides für sie besorge. Und als dann Bismarck aus dem politischen Leben ausschied, hinterließ er eine Art Erbschaft: es bestand keine politisch tätige Aristokratie, es bestand keine politische, erzieherische Berufsbildung. Es war kein Volk vorhanden, in dem politische Ueberlieferung, außer beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie, im Entstehen zu bemerken war.“

Diese eigentümlichen politischen Verhältnisse der deutschen Vergangenheit konnten die damals lebenden Geschlechter nicht zu politischer Tätigkeit verlocken. Es ist gut, an dies zurückzudenken, wenn man heute über politische Laune und Unkenntnis klagt. Es ist ein vor schnelles Urteil, zu sagen: Der Deutsche ist unpolitisch. Es hat sich ja noch niemand die Mühe genommen, seine politischen Anlagen und Fähigkeiten festzustellen und zu entwickeln. Ueber Politik und Wirtschaft erfährt doch der Durchschnittsdeutsche nur höchstens ein wenig aus der Zeitung und alle paar Jahre etwas in Wahlversammlungen. Diese aber werden sehr schlecht besucht, und die Zeitung wird viel zu kritisch gelesen. Die sogenannten parteilosen Blätter, die meistens sehr gesinnungslos, dafür aber äußerst geschäftstüchtig sind, wirken vielfach politisch irreführend oder doch politisch einschläfernd. Die große,

die mittlere und auch die kleine Tagespresse steht fast ausnahmslos im Dienste des Großkapitals. Georg Bernhard hat wahrscheinlich recht, wenn er sagt: 90 % der deutschen Presse ist heute vom Kapital abhängig. Und wie diese Abhängigkeit in der Praxis des täglichen Lebens aussieht, hat uns der Vorsitzende des Zeitungsverlegervereins, Professor Wolf, gezeigt, als er auf der letzten Jahresversammlung Insektionsberichte verlas, die in überaus roher, gewalttätiger Weise die Redakteure zu knechten versuchten. In den mittleren Schichten des Volkes herrscht über politische Dinge, besonders auch über das Zeitungswesen, tiefste Unkenntnis. Es ist schwer, heute noch das hier herrschende blinde Vertrauen zu bestehen. Gerade in den letzten Jahren hat die sogenannte bürgerliche Presse ausgesprochen die selbsttätigen Interessen des Kapitals unterstützt, hat vor allem durch Entstellen und Verschweigen allerwichtigster Tatsachen verwirrt und irreführend.

Es muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, wenn unser Volk politisch klarer und sicherer urteilen lernen soll. In das Gebiet dieser Aufklärungsarbeit fällt auch das, was der Ministerialrat und Leiter der Pressestelle des Preussischen Staatsministeriums, Hans Goslar, in seiner soeben erschienenen Schrift „Du und der Staat“, Verlag Gerschbach & Sohn, Berlin, ausführt.

Der Verfasser beklagt es bitter, daß durch die unselbständige Presse Teile des Volkes „geistig und politisch isoliert und vom Miterleben des wirklichen Geschehens ferngehalten werden“. Das sei noch niemals so schlimm und verhängnisvoll gewesen wie jetzt. Es heißt in dem Buch: „Damit die Leser nur des Glaubens werden, daß im alten monarchischen Staate alles besser gewesen sei als heute und die Republik schlecht und unfähig regiert werde, wird in diesen Zeitungen systematisch verschwiegen oder entstellt, was von den republikanischen Regierungen an produktiver und aufbauender Arbeit geleistet wird. Und weil der deutsche Zeitungsleser, insbesondere außerhalb der Großstädte, gewohnt ist immer nur ein und dieselbe Zeitung zu lesen und nur sehr selten auf den Gedanken kommt, sein Urteil unter Sinngabe einer zweiten Zeitung von anderer politischer Richtung zu korrigieren und weniger einseitig zu gestalten, so werden Hunderttausende, vielleicht Millionen deutscher Zeitungsleser seit Jahr und Tag in minder oder mehr bewußte Gegnerschaft gegen die Deutsche Republik hineingebracht. Einfach deshalb, weil ein Teil der Presse, die engere Parteipolitik huldigt und nicht selten gar nicht frei in ihrer Meinungsbildung ist, diese Wählerkreise dauernd einseitig beeinflusst. In der Inflationszeit sind viele Zeitungen in finanzielle Abhängigkeit von Industrie- kreisen geraten.“

Das deutsche Volk hat jetzt große Rechte. Es weiß aber oft noch nicht, daß diese Rechte auch große Pflichten bedeuten. Es muß auf jede mögliche Weise versucht werden, nicht zum wenigsten auch durch das gedruckte Wort, das Volk zum politischen Pflichtempfinden und Pflichterfüllen zu erziehen. Heute hält der wahlmündige Staatsbürger wichtige Teile der Staatsgewalt in seiner Hand. Er soll wohl das Schwere der Verantwortung fühlen, soll erkennen, daß Recht und Moral im Volk haften geachtet werden und die Staatsgewalt abeln.

Früher empfanden die meisten Deutschen den Staat nur als etwas Fremdes, oft als etwas Feindliches. Ludwig XIV. von Frankreich konnte einstmals das bespotische Wort sprechen: „Der Staat das bin ich.“ Ganz so schlimm war es zu Wilhelms II. Zeiten in Deutschland zwar nicht mehr. Aber die bespotischen Eigenschaften dieses Monarchen waren doch nur schwer, oft gar nicht in Schach zu halten. Die Natur der ehemaligen Staatsgewalt erkennt man ohne weiteres aus der Einleitung zur Verfassung des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1871. Es heißt da: „Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundes-

Vom Dekorationsmaler zum Erfinder der Photographie

Von Fritz Hansen, Berlin-Landowis.

Der 19. August 1839 war für die Künstler und Gelehrten überhaupt für alle Gebildeten in Paris, ein Tag gespannter Erwartung. Sollte doch an diesem Tage das Verfahren Daguerres der Öffentlichkeit übergeben werden. Schon einige Monate vorher, am 9. Januar, hatte Arago in einer Sitzung der Akademie Andeutungen gemacht, die sehr geeignet waren, das allgemeine Interesse noch höher zu schrauben, um so mehr, da auch andere berühmte Gelehrte, wie zum Beispiel der Chemiker Gay-Lussac, durch ihre Berichte dazu beigetragen hatten, daß der französische Staat diese Erfindung durch einen gesetzmäßigen Vertrag käuflich erwarb.

Nach alledem war es kein Wunder, daß an dem Tage, an dem die Bekanntgabe des Daguerreschen Verfahrens in feierlicher Sitzung der Akademie der Wissenschaften geschehen sollte, alles, was in Paris in Kunst und Wissenschaft nur irgendwie von Bedeutung war oder sich für deren Fortschritt interessierte, zum Palais National strömte, so daß Kaufende keinen Einlaß fanden und vor der Tür auf den Ausgang der Sitzung warten mußten. In dieser illustren Versammlung sprach Arago die demütigen Worte: „Frankreich hat diese Erfindung adoptiert und ist stolz darauf, sie der ganzen Welt als ein Geschenk zu übergeben.“

Wohl selten hat eine Erfindung derartiges Aussehen erregt, wie es hierbei der Fall war. Ueberall sprach man davon, ein jeder wollte Daguerreporträt sein. So kam es denn, daß Daguerre im Mittelpunkt der allgemeinen Verehrung und Bewunderung stand; hielt man ihn doch für den Erfinder dieser neuen wertvollen Kulturwertungsart und erwarb ihm demzufolge alle irdischen Ehren. Und doch hatte er sich in Wirklichkeit nur die Arbeiten eines

andern zunutze gemacht, um darauf seinen Ruhm zu begründen. Der eigentliche Erfinder der Photographie war Joseph Nicéphore Niepce. Am 7. März 1765 zu Châlons sur Saône als Sohn wohlhabender Eltern geboren, trat Niepce nach Absolvierung seiner Studien im Jahre 1789 als Kavallerieoffizier in die französische Armee ein. Von 1795 bis 1801 verwaltete er den Distrikt Nizza, nahm als dann seinen Abschied aus dem Staatsdienst, um mit seinem Bruder Claude mechanische und technische Arbeiten zu unternehmen.

Die Kunst Genesellers, die im Anfang dieses Jahrhunderts in Frankreich eingeführt wurde, fand in Niepce einen eifrigen Schüler, der sich seit dem Jahre 1811 mit ihr beschäftigte.

Bei der Ausübung der Lithographie kam er nun durch Zufall zu dem Resultat, daß, wenn man eine dünne Asphaltplatte in flüssiger Form auf Metall bringt und dem Lichte aussetzt, diese ihre Löslichkeit in ätherischen Ölen einbüßt, so daß beim Uebergießen nach der Belichtung mit dem Lösungsmittel die belichteten Stellen längere Zeit dem Lösungsmittel widerstehen, während die nicht belichteten sich leicht lösen, somit, wenn die Entwicklung rechtzeitig unterbrochen wird, das Bild in Asphalt auf dem leichten Grunde der Platte steht.

Im Jahre 1824 war es Niepce gelungen, die Bilder der Camera obscura zu fixieren. Drei Jahre später sandte er einem Freunde in Paris eine Platte, auf der sich die Reproduktion eines Stahlstiches befand, und zwar auf Zink gegäßt. Damit hat Niepce den ersten Schritt zum Heliographieverfahren getan. In der Heliographie ist das Verfahren Niepces noch heute von Bedeutung. Die Royal Society in London erhielt zuerst von dem Erfinder eine genaue Erklärung des Verfahrens sowie eine Anzahl Proben zugesandt. Die Heliographie ist somit das erste praktische photographische Verfahren. Auch Aufnahmen nach der Natur machte Niepce, doch dauerte die Belichtungszeit mehrere Stunden.

Um die Erfindung Niepces weiter auszubauen und ihr Verbreitung zu verschaffen, dazu gehörte ein Mann, der seinen glänzenden Namen für die neue Erfindung hergab und der alle Eigenschaften in sich vereinigte, um die Blitze der gesamten Welt auf sich zu lenken. Dieser Mann aber war Daguerre; mit ihm verband sich Niepce am 14. Dezember 1829 durch gerichtlichen Akt zur gemeinschaftlichen Benutzung und Ausbeutung der Erfindung.

Was dem stillen Forscher nicht gelungen, seiner Erfindung Beachtung zu verschaffen, das gelang dem unternehmenden Weltmanne Daguerre. Dieser, am 18. November 1789 zu Cormeille im französischen Departement Seine et Oise geboren, war Steuerbeamter, wandte sich aber später der Malerei zu, um als Dekorationsmaler tätig zu sein. In diesem Fache entwickelte er bald eine staunenswerte Geschicklichkeit bei der Behandlung und Benutzung der Lichteffekte. Wie verschiedentlich behauptet wird, verdanken eine ganze Anzahl Opern, die in jener Zeit in Paris zur Aufführung gelangten, einen großen Teil ihrer Erfolge den von Daguerre gemalten Dekorationsen. Wie dem nun auch sei, Tatsache ist, daß Daguerre eine Reihe guter Panoramen malte, und wenn auch nicht die Photographie, so doch das Diorama erfand, eine Erfindung, die ihm im In- und Auslande einen geachteten Namen verschaffte. Neben seinen künstlerischen Arbeiten beschäftigte sich Daguerre auch anhaltend mit physikalischen Studien, besonders über das Licht und dessen Wirkungen. Ebenso wurden Versuche zur Fixierung der Bilder in der Camera obscura von ihm gemacht, jedoch ohne Erfolg. Erst die Verbindung mit Niepce brachte Erfolge, so daß Daguerre im Jahre 1837 — vier Jahre nach Niepces Tode, dessen Untersuchungen er fortsetzte — ein Verfahren ankündigen konnte, das ihm ermöglichte, in vier Minuten ein Bild zu bekommen. Die Anleitung zu diesem Verfahren hatte er von Niepce übernommen, denn auch dieser benutzte schon versilberte Kupferplatten sowie Joddämpfe, die er, außer Schwefelkalium, zum Schwärzen seiner dünnen Af-

gebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben.

In der Einleitung zur Verfassung von Weimar aus dem Jahre 1919 heißt es: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Stärker als durch die Gegenüberstellung dieser beiden Einleitungen, die beide am Anfang einer neuen Zeit stehen, kann der Unterschied zwischen der Vorkriegszeit und jetzt nicht betont werden. Die Staatsgewalt ging früher vom Fürsten aus, jetzt geht sie vom Bürger aus. Der Staat das ist die Gesamtheit der Bürger.

Ministerialrat Goslar sagt in seinem Buche: „Der moderne Staatsbürger muß versuchen, sich kritisches Rüstzeug anzueignen, um sich mit Sachkenntnis und Erfolg über die öffentlichen Angelegenheiten zu informieren. Nur politische Reife und wissende Staatsbürger und Staatsbürgerinnen werden von den Machtmitteln, die ihnen die Weimarer Verfassung verleiht, einen richtigen und für das Land segensreichen Gebrauch machen; sie werden das Instrument, das ihnen in die Hand gegeben worden ist, nicht zum Einreißen, sondern zum wohlnütigen Ausbauen des Hauses für die deutsche Nation benutzen. Sie werden sich nicht kritillos unter dem Einfluß wechselnder Stimmungen von denen einfangen lassen, die auf dem öffentlichen Markt des politischen Lebens am lautesten schreien und am meisten versprechen. „Du und der Staat“ das ist keine Gegenüberstellung von getrennten Parteien, sondern eine Einheit.“

Es wird heute viel auf den Parlamentarismus geschimpft. Aus mancherlei Schwächen, die noch zweifellos dem parlamentarischen System anhaften, wird der Schluss gezogen, diese Regierungsform eigne sich nicht für das deutsche Volk. Es ist kein Zufall, daß diese Stimmen zumeist aus den Kreisen kommen, die es nicht überwinden können, daß der Obrigkeitstaat einer andern Regierungsform Platz machen mußte. Aus dem Gefühl der Verstimmlung heraus sieht man nur die Nachteile des parlamentarischen Systems, nicht aber seine unzugänglichen Vorzüge.

Aber auch aus andern moderneren Kreisen, die keineswegs Freunde des alten Obrigkeitstaates waren, kommt öfter eine herbe Kritik an der Handhabung des parlamentarischen Systems. Man sieht hier, daß die Arbeitsweise der Parteien, ihre Vielzahl, ihre oft rein parteipolitische und nicht staatspolitische Einstellung das Ansehen des Parlamentarismus im Volke gefährdet. Es muß deshalb versucht werden, durch eine vernünftige staatsbürgerliche Erziehung das Volk dahin zu bringen, von seinen politischen Machtmitteln einen überlegteren und verantwortungsbewußteren Gebrauch zu machen, als es die Führer und Anhänger mancher republikanischer Parteien heute noch tun.

Das parlamentarische System hat den großen Vorteil, auch Leute aus dem Volk in Führerstellen der Nation zu bringen. Das früher bestehende Monopol der Verwaltungsjuristen, die noch dazu möglichst einem feudalen Studententypus entstammen mußten, ist heute durchbrochen. Eine ganze Reihe von Männern aus den verschiedensten Berufen und Kreisen sitzen auf den Posten, die früher ausschließlich für die Angehörigen einer bestimmten Gesellschaftsschicht und eines bestimmten Bildungsganges reserviert waren.

Es wäre zu wünschen, daß das, was Ministerialrat Goslar über den Volksstaatsbürger und die Volksstaatspolitik sagt, recht weit bekannt und auch weitgehend beachtet würde: Es gibt kaum einen Irrtum von größerer Tragweite, als wenn politische Gleichgültigkeit den aktuellen politischen Problemen gegenüber mit den Worten entschuldigend wird: „Was geht das alles mich an, ich habe meine Arbeit, mache meine Berufsgeschäfte, Sorge für meine Familie, um alles Weitere Sorge ich mich nicht.“ Dieser Standpunkt der Indifferenz, dieses unpolitische Beiseitstehen bei der Arbeit an nationalen Lebensfragen beweist nicht etwa eine besondere Klugheit und Tüchtigkeit. Diese Leute mögen sich selbst sehr praktisch vornehmen, in Wirklichkeit handeln sie unverantwortlich am Volke. Es rächt sich nichts Schwerer als egoistische Lässigkeit

Werft das Steuer herum!

Entschließung des Gewerkschaftskongresses zur Politik der Reichsregierung.

Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schweren und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann.

Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung,

ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkter Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Abwehrkämpfen, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Zeit gegenüber den öffentlichen politischen Angelegenheiten. Ein Volk soll die Führung seiner politischen Geschäfte nicht einer kleinen Schicht von Berufspolitikern überlassen, sondern es soll rege Anteil nehmen an allem, was das Volk angeht, und es soll für weitgehende Kritik sorgen. Die Politik des alten Obrigkeitstaates hat ja allerdings die großen Massen gleichgültig und indifferent gemacht. Selbst die Intellektuellen und die Führer in der Wirtschaft haben sich früher wenig um Politik gekümmert, sie haben weder die innere noch die äußere Politik Deutschlands kritisiert. Wäre es anders gewesen, wir hätten vielleicht am Weltkrieg vorbeikommen können, mindestens wären wir wohl nicht in eine so vollkommene weltpolitische Isolation hineingeraten.

Das Goslar'sche Buch „Du und der Staat“ zeigt nicht nur das Wesen des alten und des neuen Staates, erläutert nicht nur die Stellung, die Pflichten und Rechte und die Bedeutung des mitverantwortlichen Staatsbürgers im Volksstaat, sondern es zeigt auch die technische Einrichtung unseres neuen Staates und die Art, wie in ihm gearbeitet wird. Es vermittelt viel praktisches Wissen vom modernen Staat, Wissen, das heute jeder braucht und sich deshalb aneignen sollte, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet.

Arbeitslosenhilfe, Versaillesvertrag, Wettrüsten

Ein Aufruf des Daily Herald. Zur Regierungsstrafe und dem Kammerwechsel in England bringt das Organ der Arbeiterpartei, Daily Herald (24. August), einen groß aufgemachten Aufruf, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

Es war unvermeidlich, daß der entschlossene und sorglich durchdachte Plan, die Regierung zur Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, zu den Auswirkungen führte, über die wir heute berichten. . . Dieser Vorstoß, wir haben es immer und immer wieder gesagt, ist selbstmörderisch. Indem man den Arbeitslosen und den Arbeitern Geldmittel entzieht, verschärft man die Krise und erhöht die Arbeitslosigkeit.

Auch lassen sich die Finanzschwierigkeiten nicht trennen von vorhergegangenen Dingen, die mit dem Vertrag von Versailles ihren Anfang nahmen. Von dem Augenblick an, als dieser karthagische Friede auferlegt wurde, erhoben sich warnende Stimmen in der Arbeiterbewegung, doch die Warnenden wurden von manchen verspottet, die für die heutige Situation verantwortlich sind.

Es wurde vorausgesagt, daß die Reparationen großen Schaden verursachen werden, daß sie letzten Endes abgeschafft werden müssen und daß der ganze Geist des Vertrages zu einem neuen Wettrüsten führen wird. (Im Original gesperrt.)

Die Ereignisse bestätigen die Voraussage. In der ganzen Menschheit beginnt man einzusehen, daß die Welt nicht zu normalen Bedingungen zurückkehrt, ehe die internationalen Kriegsschulden gestrichen sind.

Auch die Abrüstung muß kommen. In diesem Lande gibt man jetzt jährlich 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Mark) für militärische Zwecke aus.

Diesem, die diese Ausgaben befürworten und sie noch erhöhen möchten, sagen als erste, England sei zu arm, um seinen Lehrern, Beamten, Polizisten ein anständiges Gehalt zu bezahlen, den Kindern einen ordentlichen Schulunterricht zu bieten und die Arbeitslosen in einem Zustand zu erhalten, der ihnen die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht, wenn die Zeit gekommen ist.

England ist noch nicht abgewirtschaftet; aber die Lösung seiner Schwierigkeiten liegt nicht auf der Linie der Verarmung der Massen durch drastische Einschnitte in die Erwerbslosenunterstützung, wilde Zugriffe auf die Löhne und Abbrosselung der sozialen Leistungen. . .

Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Mittel der Wohlfahrtsämter

Im Gegensatz zur Verwaltung mancher andern Großstädte, wo man fast restlos alle Bauarbeiten abgebrochen hat, hat der Magistrat der Stadt Breslau einstimmig beschlossen, zur Förderung zusätzlichen Kleinwohnungsbaues und zur Belegung der Bauwirtschaft aus dem Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes für das Rechnungsjahr 1931 einen Betrag bis zur Höhe von einer Million Mark der Abteilung für Kleinwohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die für die Verwendung dieses Betrages geltenden Richtlinien besagen, daß Bauherren, die zur Durchführung eines Kleinwohnungsbaues Arbeitskräfte aus den Reihen der ausgesteuerten Erwerbslosen einstellen oder durch die bauausführenden Unternehmer einstellen lassen, je eingestellten Wohlfahrtsarbeitslosen für die Dauer seiner Tätigkeit wöchentlich 30 M erhalten sollen, wenn sie sich verpflichten, diese Arbeitskräfte so zu beschäftigen, daß innerhalb von 12 Monaten, vom Tage der Einstellung an gerechnet, möglichst eine Arbeitsdauer von 26 Wochen erreicht und jede Entlassung dem Wohlfahrtsamt unverzüglich mitgeteilt wird. Die wöchentliche Arbeitszeit müsse auf mindestens 40 Stunden festgesetzt, die Arbeitskräfte entsprechend ihrer Beschäftigung tariflich entlohnt und nach den sozialen Gesetzen versichert werden. Dem Bauherrn oder dem bauausführenden Unternehmer steht das Recht zu, sich aus den Vorschlagslisten des Wohlfahrtsamtes die Arbeitskräfte auszuwählen und ihre Zumeisung durch das Arbeitsamt zu beantragen. Dem Wohlfahrtsamt soll dagegen das Recht zustehen, diese Auswahl zu genehmigen und die Einhaltung der vom Bauherrn oder Unternehmer übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Beschäftigung des Wohlfahrtsarbeitslosen durch seinen Beauftragten an Ort und Stelle nachprüfen zu lassen. Die geldlichen Zusatzmittel sollen durch die Abteilung für Kleinwohnungsbau als Zuschuss hypotheken zu den Hauszinssteuerdarlehen und nach den für diese geltenden Bedingungen vergeben werden. Für die Wohnungsgröße, die Ausstattung und Mietshöhe sind die Richtlinien des preussischen Wohlfahrtsministers vom 23. Februar 1931 maßgebend. Für die Besetzung von einem Viertel der Wohnungen in jedem auf diese Weise erstellten Neubau hat das Wohlfahrtsamt ein Vorschlagsrecht, soweit dies nach Art und Lage der Wohnungen durch ein Gutachten der Abteilung für Kleinwohnungsbau als angebracht angesehen wird. Bei der Auswahl der Wohlfahrtsarbeitslosen und der vom Wohlfahrtsamt vorgeschlagenen Mieter soll jeder politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Zwang vermieden werden.

Diesem Beschluß des Breslauer Magistrats sind die Führer der Breslauer Stadtverordnetenfraktionen einstimmig beigetreten, so daß die Durchführung eines zusätzlichen Bauvorhabens von 500 Wohnungen möglich sein wird, was ohne Bereitstellung von Mitteln des Wohlfahrtsamtes unmöglich gewesen wäre. Die Verwirklichung des Planes ist auf eine Anregung des Verbandes sozialer Baubetriebe, Bezirk Schlesien, zurückzuführen; unserer Bauhütte Breslau kann dadurch ein Großauftrag von rund 2 Millionen Mark zugeführt werden. Rund 600 Bauarbeiter und Bauhandwerker aller Berufsgruppen werden auf Grund dieses Beschlusses ein halbes Jahr und darüber Beschäftigung finden. Auch in andern Bezirken Deutschlands sollen an mehreren Orten ähnlich finanzierte Bauvorhaben durchgeführt werden. Wir empfehlen, soweit unsere Kollegen und Freunde in Magistraten, Stadtverordnetenkollegien oder Gemeindevertretungen sitzen, ähnlich wie in Breslau vorzugehen. Es gilt, unsern Kollegen unter allen Umständen Arbeit zu verschaffen, und wenn es auf die Weise wie in Breslau geschieht, so ist dies nur zu begrüßen!

schicht verwandte. Neu und von Daguerre erfunden, war nur die direkte Einwirkung der Joddämpfe auf die versilberte Platte. Auf dieser bildete sich eine chemische Verbindung des metallischen Silbers mit dem Jod, das Jodsilber. Neu war ferner die Entwicklung des nur schwach sichtbaren Bildes durch Quecksilberdämpfe. Die Fixierung geschah mit einer Kochsalzlösung. Auf diese Weise hergestellte Proben waren es, die der Akademie vorgelegt und als Daguerreotypien bezeichnet — den Ruhm Daguerres als Erfinder der Photographie in alle Welt trugen. Auf den Antrag Aragos und Lussacs wurde am 9. Mai 1839 Daguerre eine jährliche Pension von 6000 und den Erben Niepces eine solche von 4000 Franken bewilligt, wofür sie ihre Erfindungen der Akademie zur Veröffentlichung überlassen mußten.

Sofort nach der Veröffentlichung der neuen Erfindung entstand unter den Gelehrten, Künstlern und Privatmännern ein reger Eifer, das Verfahren sowie die Apparate dazu zu verbessern. Doch trotz der zahlreichen Neuerungen litt die Daguerreotypie an verschiedenen Schwächen, die immer wieder zu neuen Forschungen Veranlassung gaben. Man konnte die Bilder wegen der starken Spiegelung nur bei Seitenlicht betrachten, jede Vervielfältigung war ausgeschlossen, außerdem waren die Bilder verkehrt.

Trotzdem wurde die Daguerreotypie bis in die sechziger Jahre beibehalten, und zwar hauptsächlich für das Stereoskop, für das sich das Verfahren wegen seiner Feinheit besonders gut eignete.

Doch der Ruhm, die Photographie erfunden zu haben, sollte nicht allein Daguerre zufallen. Zwei Monate, nachdem Arago in der Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften Mitteilung von dem Verfahren Daguerres gemacht hatte, legte Fox Talbot der Königlich-Gesellschaft in London die Resultate seiner Arbeiten vor, um für sich die Lorbeeren einzuheimsen und als Erfinder der neuen Kunst zu gelten.

Reich und unabhängig, war es Talbot möglich, sich ganz seinen Forschungen zu widmen. Indem er bei seinen Versuchen das Papier in eine Lösung von Kochsalz brachte, es trocknete und alsdann in Höllesteinlösung badete, war es ihm gelungen, ein Papier zu schaffen, das bedeutend kräftigere Bilder gab, als das nach dem alten Verfahren präparierte. Noch heute bildet das Talbotsche Verfahren die Grundlage zur Herstellung der photographischen Abzüge. Talbot fixierte anfangs mit einer konzentrierten Lösung von Seesalz, dann mit unterschwefligsaurem Natron. Die Kopie einer Zeichnung ergab ein negatives Bild, in dem die Lichter dunkel und die Schatten hell erschienen; bedeckte er die fixierten und die getrockneten Negativbilder abermals mit demselben Papier, so erhielt er ein positives Bild.

Doch Talbot begnügte sich nicht mit diesen Erfolgen. Das Ziel, das er sich gesteckt hatte, war die Erzeugung von Negativen in der Kamera und erreichte es dadurch, daß er das Papier mit einer Lösung von Jodkali tränkte und hernach mit einer solchen von Höllestein. Das so gewonnene Papier war bedeutend lichtempfindlicher als das frühere. Die Lichtwirkung blieb für das Auge unsichtbar und mußte erst durch einen Reduktionsprozeß sichtbar gemacht werden. Mittels einer Lösung von Gallussäure und Höllestein führte Talbot auch diese Prozedur — Entwicklung genannt — aus.

Damit aber war durch Talbot eine Neuerung von allergrößter Tragweite geschaffen. Das Negativverfahren, die Grundlage sämtlicher photographischer Vervielfältigungsmethoden bis auf unsere Zeit, beruht auf der Erfindung Talbots. Gerade in einer Zeit wie der unserigen, die täglich neue Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Photographie zutage fördert, ist es angebracht, einen Blick in die Vergangenheit einer so unentbehrlichen Erfindung zu werfen, wie es die Photographie heute auf fast allen Gebieten unseres Kulturlebens geworden ist.

Unterhaltungswissen

Wie lese ich eine Zeitung?

Von Walter Ludwig, Breslau.

Wie ich meine Zeitung lese? Ist es nicht die albernste Frage, die man stellen kann? Gewiß, aber sie ist jene von den vielen, auf so vielen grundeinfachen und naiven Fragen, die man eben wegen ihrer scheinbaren Primitivität nicht zu stellen wagt, und — eben auch darum nie die rechte Antwort geben kann. Denn nicht darauf kommt es bei der obengestellten Frage an, wie ich optisch die schwarzen Buchstaben auf dem mehr oder minder weißen Zeitungspapier empfinde und wahrnehme, sondern wie ich imstande bin, aus dem Wälderlei, was eine heutige Zeitung bietet, das für mich Wesentliche und Wissenswerte herauszufinden und zu einem geistigen Eindruck zu formen.

Ein Buch schätzt man, die Broschüre wird oft überschätzt, die Zeitung aber bestimmt unterschätzt. Das öftere Erscheinen einer Zeitung, ihre Billigkeit und nicht zuletzt die durch das Tempo unserer Zeit bedingte Art Nachrichten zu bringen und Ereignisse zu besprechen, verschaffen ihr einen etwas zweifelhaften Wert, der ihrer eigentlichen Bedeutung nicht gerecht wird. Man vergesse nicht: Jede Zeitung hat heute den Umfang einer kleinen Broschüre und erscheint fast durchweg alle Tage. Bei der Vielheit ihrer Nachrichten, der Verschiedenheit ihrer Aufsätze kann naturgemäß nicht alles hochwertiger Lesestoff sein. Das ist es aber auch kaum, das den Leser oft zu einem mißbilligen Urteil über die Zeitung veranlaßt. Weit mehr sind es gewöhnlich zwei andere Gründe, die den Zeitungsläser zur Kritik herausfordern: die politische Haltung einer Zeitung und der speziell seinen Neigungen und Wünschen nie gerecht werdende unterhaltende Teil. Beides aber sind Auffassungen rein individueller Art, von dem politischen Willen des einzelnen und den geistigen Bedürfnissen des Lesers abhängig, so daß diese Gründe bei der Beantwortung der obengestellten Frage auszuschalten sind.

Was aber einer Zeitung jenes gewisse, uns allen bekannte Odium verleiht (na ja die Zeitung —), hat vielfach einen andern Grund: das Unvermögen die Zeitung zu lesen. Weil es eben „nur eine Zeitung“ ist, glaubt man mit milderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit sie lesen zu können. Und dabei erfordert gerade das Lesen einer Zeitung eine weit größere Konzentration — daneben eine besondere Art von Affoziation — als irgendeine andere Lektüre. Das Buch, die Broschüre führt logisch und in stilvollem Aufbau einen bestimmten gedanklichen Stoff weiter und zu Ende. Eine Zeitung aber besteht aus vielen und verschiedenen Nachrichten und Berichten. So werden in gedrängter Zeit dem Leser eine Unmasse von Bildern und Gedanken durchs Hirn gejagt, was nicht nur viel rascher zu einer geistigen Ermüdung, sondern auch zu rascherem Vergessen des Gelesenen führt.

Goethe soll einmal geäußert haben, daß er (bereits damals!) keine Zeitung mehr lese, weil er gefunden habe, daß er so gut wie alles wieder vergißt. Was Goethe hier praktisch erfahren, Barbusse in seiner bekannten kraftvollen und deutlichen Art mit „Der Mensch ist eine Vergessensmaschine“ ausdrückte, hat der Psychologe Ebbinghaus wissenschaftlich versucht festzulegen. Er zeigte die Schwäche des menschlichen Gedächtnisses an Hand einer Vergessenskurve, die deutlich nachweist, wie rasch wir wieder Gelesenes vergessen. Das gilt naturgemäß vor allem für das Lesen einer Zeitung. Anstatt aber die rechte Nutzenwendung daraus zu ziehen, glaubt der Leser durch immer größere Flüchtigkeit, wenn auch nicht diesem Uebelstande zu steuern, so doch wenigstens nicht allzu viel Zeit für eine an und für sich nicht gerade wertvolle Tätigkeit aufzuwenden. Das ist der Zirkelschluß des Zeitungsläsers unserer heutigen Zeit.

Nun sind wir, nachdem wir die zunächst so einfach erscheinende Frage „Wie lese ich eine Zeitung“, ein wenig kompliziert haben, bei ihrer Beantwortung angelangt. Man lese eine Zeitung, ganz gleich, ob es sich um eine Tageszeitung oder eine Wochenschrift handelt, vor allem systematisch. Lege nicht unbedingten Wert darauf, eine Zeitung von der ersten bis zur letzten Zeile lesen zu wollen. Bei der Fülle von Stoff, die eine moderne Tageszeitung heute bieten muß, kann nicht für jeden alles von gleichem Interesse sein. Es ist aber besser, das für mich Wertvolle und Wissenswerte ein wenig gründlicher zu verfolgen als alles „verschlingen“ zu wollen.

Wir haben in Deutschland fast ausschließlich nur politische Tageszeitungen. Die Zahl der Zeitungen — abgesehen von der Revolver-Wochenpresse — die lediglich unterhaltenden Zwecken dienen will, ist sehr gering. (Selbst die angeblich so „unpolitisch“ und „neutral“ sein wollende Generalanzeiger-Presse zeigt deutlich einen politischen Charakter). Der politische Teil einer Tageszeitung erfordert besondere Sorgfalt beim Lesen. Es ist zweckmäßig hier bei diesem Teil wie auch überall zunächst einmal die Quelle eines Aufsatzes oder Berichtes festzustellen. Es ist zur Beurteilung des Mitgeteilten nicht unwichtig zu erfahren, ob die betreffende Nachricht von einem Telephonbüro oder von einem Korrespondenten, ob sie vom W.F.B. (Wolffischen Telegraphen-Büro), von der T.L. (Telegraphen-Union) oder vom S.D. (Sozialdemokratischen Pressebüro) kommt. Die Quelle sagt bereits viel über den Wert einer Nachricht. Jede politische Zeitung bringt täglich ein halbes Duzend wichtige ausführliche Berichte über die verschiedensten Begebenheiten und weitere zwei bis drei Duzend kleinere politische Nachrichten. Das Durchfinden unter diesen vielen und so verschiedenen Nachrichten wird wesentlich erleichtert, wenn man zunächst die Berichte oder Nachrichten herausgreift, die Bezug nehmen auf bereits in den letzten Nummern erschienenen Berichte ähnlichen oder ähnlichen Inhalts. Auf diese Weise wird auch das Auffindungsvermögen, die Fähigkeit, Dinge gleicher Art mit-

einander in Verbindung zu bringen, erleichtert und gestärkt. So wird man zunächst die Nachrichten zum Beispiel über eine akut gewordene Regierungskrise, eine sehr aktuelle außenpolitische Frage verfolgen und mit dem bereits in den letzten Tagen über das gleiche Thema Gelesenen in Verbindung bringen. Auf diese Weise befriedigt man seinen Aktualitätsdrang und schafft sich gleichzeitig dadurch ein geschlossenes Bild von irgendeinem bestimmten Vorgang. Wenn man mehrere Zeitungen liest, wird man diese Art zu lesen, erst recht zu beachten haben. In gleicher Weise kann man dann in abgestufter Form auch die übrigen Nachrichten verfolgen.

Der gewerkschaftliche und wirtschaftliche Teil einer Zeitung enthält neben aktuellen Mitteilungen für gewöhnlich auch eine Reihe instruktiver und wissenschaftlicher Aufsätze. Für diese wird man besonderes Interesse aufzuwenden haben, sie unter Umständen für eine ruhigere Lesestunde beiseite legen, und wenn es notwendig sein sollte, sich aufbewahren. Das gleiche gilt für die Sonderbeilagen, die heute in mehr oder minder größerer Anzahl eine Zeitung bereichern.

Erst in zweiter Linie wird man als politisch interessierter Leser den lokalen Teil einer Zeitung und zuletzt — wenn der Geist schon etwas ermüdet ist — zur Lösung den unterhaltenden Teil einer Zeitung vornehmen. Dies empfiehlt sich schon deswegen, weil man bei knapper Zeit oder Ermüdung diesen Lesestoff sich getrost für eine spätere Zeit aufsparen kann. Den Roman sollte man möglichst nicht „auf Anschlag“ lesen, sondern sich einige Nummern aufbewahren und dann einen größeren Teil an Fortsetzungen auf einmal lesen. Man wird sich dann auch weniger darüber zu beschweren haben, daß — gerade, wenn die Geschichte am schönsten ist — „Fortsetzung folgt“ darunter steht.

Gründlicheres Studium, nicht oberflächliches „Die Zeitung überfliegen“ erfordert schon das Lesen von Zeit- und Wochenschriften, zu denen auch unsere gerade in Deutschland ausgezeichnet registrierten und fast durchweg modern aufgemachten Gewerkschaftsblätter gehören. Hier findet man nicht den Flugland politischer und unpolitischer Allermwelts-Nachrichten, sondern schon der hier nur knapp zur Verfügung stehende Raum zwingt zu einer äußerst sorgfältigen Auswahl des Lesestoffes. Diese Aufsätze sollen ja auch den Lesern nicht nur als Lesestoff, sondern vorwiegend als Material dienen. (Selbstverständlich sind auch fast in jeder Nummer einer Tageszeitung auch Aufsätze und Mitteilungen zu finden, die wert sind, gesammelt zu werden.) Es genügt aber nicht, sich die betreffende Nummer aufzubewahren. Will man die einzelnen Aufsätze wiederfinden, so wird man sie zweckmäßiger Weise in einem Mappenwerk geordnet unterzubringen haben. (Blaue Mappen aus starkem Karton sind ihrer Billigkeit wegen leicht zu beschaffen.) Unter verschiedenste Rubriken kann man dann die einzelnen Aufsätze und Zeitungsausschnitte unterbringen. Es empfiehlt sich der größeren Uebersicht halber, das aufbewahrte Material von Zeit zu Zeit zu sichten und ältere Sachen herauszunehmen.

Dies wären so einige allgemeine Hinweise, um das Lesen einer Zeitung oder Zeitschrift ein wenig rationeller zu gestalten und damit begehrenswerter zu machen. Der sich um seine Weiterbildung bemühende Arbeiter wird seiner Eigenart entsprechend noch manch andern Weg zu einer Technik des Zeitungslens und zu solcher in diesem Aufsätze angebotenen Ordnung finden. Die Zeitung ist durchaus nicht so schlecht, als sie für gewöhnlich angesehen wird. Sie bringt täglich eine Fülle von wertvollem Stoff und wertvollem Material. Am Leser selbst liegt es, Gefallen an seiner Zeitung und die geeignete Methode des Lesens zu finden.

Der Kampf gegen den Ueberfluß

Man hätte es niemals für möglich gehalten, daß der Mensch gegen den ihm zur Verfügung stehenden Ueberfluß einen regelrechten und erbitterten Kampf führen muß. Es ist nicht genug, daß er unter dem Ueberfluß zu leiden hat, indem ein Millionenheer von Arbeitslosen dadurch geschaffen wurde. Und doch brauchte niemand zu hungern, es könnte jeder ein Dach über dem Kopf haben, kurzum, jedes Volk könnte auch den letzten seiner Bürger das notwendigste zum Leben vermitteln. In Nr. 30 der „Brücke“, einer Beilage des „Berliner Tageblatts“, werden eine Reihe Beispiele angeführt, wie der Mensch sich des Ueberflusses zu erwehren versucht:

In Ceylon pflückt man von jeder Teepflanze statt drei nur zwei Blätter und drückt dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzung von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrottung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeestraucher eingehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Sack, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Der Ueberfluß an Diamanten wird in weitläufigen Bankhafes verstaubt, ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke davon nach Kapstadt, wo sie spurlos verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steines sich hält. In Brasilien vernichtet man mehr Kaffee, als überhaupt getrunken wird, und ganze Pfefferernten jenseit man ins Meer. 60 000 Sack Kaffee sollen vom brasilianischen Kaffee-Balotierungsinstitut zum Düngen verwandt werden, um den Markt zu entlasten. Die Holländisch-Indische Handels-Compagnie ließ Tausende von Zentner Gewürze verschwinden, nur um den Preis zu halten. Amerika und Ägypten verbrannten früher Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die

Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Scherz auf Hungersnot und Elend in andern Weltteilen.

Das Bestreben, die Preise hochzuhalten ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Absatz mehr oder weniger durch das Angebot reguliert. Welche Mittel dazu angewandt werden, konnte man aus den obigen Beispielen ersehen. Sie ließen sich vermehren. Hinweisen wollen wir nur noch auf den sogenannten „Beimischungszwang“. In Deutschland muß beispielsweise dem Motoralkohol Spiritus beigemischt werden, um die hohe inländische Spirituserzeugung abzulassen. Roggenmehl muß dem Weizenmehl beigemischt werden, um den Roggenmehlmarkt loszuwerden usw. In den südamerikanischen ABC-Staaten muß jeder Kohlenimporteur nachweisen, daß er für so und so viel Tonnen eingeführte Kohle so und so viel einheimische Produkte Weizen, Kaffee usw. eingekauft hat, um sie den Kohlen beizumischen. Welche geradezu grotesken Mittel auch angewandt werden mögen, um die Mehrproduktion zu vernichten, überschreiben kann man nur so etwas mit einem Wort: Wahnsinn!

Bedarfswirtschaft

Die nachfolgende kleine Geschichte habe ich keineswegs phantastisch erfunden. Ich habe sie von einem Augenzeugen, der sie buchstäblich erlebt hat, selbst erzählen hören, von einem Manne, dessen Zuverlässigkeit über allen Zweifel erhaben ist. Dieser Mann, ein angesehenener Geheimrat, ist als guter Kenner Sowjet-Rußlands bekannt und macht fast in jedem Jahre eine längere Reise in dieses gelobte Land.

Auf einer dieser Reisen hatte der Geheimrat Gelegenheit, eine staatliche Fabrik zu besichtigen. Die Fabrik produzierte Gummischuhe, die ja in Rußland viel gebraucht werden, weil es im Winter dort mehr Schneematsch gibt als irgendwo anders. Unser Geheimrat, der von einem Techniker und dem Roten Direktor des Werkes geführt wurde, staunte über die vorzüglichen Einrichtungen. Es war tatsächlich vorbildlich, was die Russen da geleistet hatten und wie produktiv sie arbeiteten. Er kargte deshalb auch nicht mit seiner Anerkennung.

Im Laufe des Rundganges mußte sich der Rote Direktor plötzlich entfernen, und der Geheimrat setzte die Besichtigung mit dem Techniker fort. Dieser Techniker hatte, nebenbei bemerkt, seinen Posten in der Firma schon zu einer Zeit bekleidet, als der letzte Zar noch der Beherrscher aller Russen war. Der Geheimrat ergriff nun gleich die Gelegenheit beim Schopfe und fragte den Techniker gründlich aus.

„Wieviel Paar Gummischuhe stellen Sie denn an einem Tage her?“ fragte er.

„Na, so ungefähr viertausend Paar sind es wohl“, war die Antwort des Technikers.

„Um“, machte der Geheimrat, und nach einer Weile begann er wieder: „Verkaufen Sie die denn alle?“

„Ja“, erwiderte der Russe, „das mit dem Absatz ist eine faule Sache. So ungefähr zweitausend Paar Schuhe pro Tag können wir wohl verkaufen. Die andern bleiben liegen.“

„So, so“, murmelte der Geheimrat nachdenklich und fragte nicht weiter.

Eine Weile später traten die beiden auf den Hof hinaus. Da sah der Geheimrat, daß dort zwei neue große Gebäude errichtet wurden. Eine große Anzahl Bauarbeiter war dabei beschäftigt.

Neugierig wie ein Untersuchungsrichter fragte der Geheimrat:

„Gehören diese beiden Neubauten auch zu dem Werke?“

„Ja“, war die Antwort des Führers.

„Das ist doch sonderbar“, meinte der hartnäckige Frager, „das Werk leidet an Absatzschwierigkeiten und baut trotzdem neue Fabrikräume?“

„Nein, Herr, Fabrikräume werden das nicht“, belehrte ihn der Russe. „Es sollen Lagerhäuser werden.“

„Aha, ich verstehe“, sagte der Geheimrat. „Da werden die nicht verkauften Gummischuhe gelagert.“

„Jawohl.“

Schweigen beiderseits. Dann fährt der Geheimrat fort:

„Um, sagen Sie mal, was wird denn aus den Schuhen, wenn sie eine Zeit gelagert haben und immer neue hinzukommen?“

„Dann werden die ersten wieder eingeschmolzen!“ sagte feelenruhig der Techniker. Heinz Jacobs.

Der Fleischverbrauch seit 100 Jahren

Die deutsche Landwirtschaft ist im Zeitraum eines Jahrhunderts wesentlich leistungsfähiger geworden. Dies geht aus einer Gegenüberstellung hervor, zwischen den Jahren 1816 und 1929. Zum Vergleich wird der Durchschnitt der letzten Kriegsjahre mit hinzugefügt. Ingesamt betrug der Fleischverbrauch in Deutschland aus inländischer Erzeugung je Kopf der Bevölkerung in Pfd.: 1816 13,6 1911/13 48,6 und 1929 48,5. Die Jahre in dieser Reihenfolge beibehalten betrug der Verbrauch an Rindfleisch 6 beziehungsweise 15, an Kalbfleisch 2, 2, 8, 3, an Schweinefleisch -3, 4, 30, 30 und an Hammelfleisch 2, 1, 0, 6. Der Genuß an Fleisch ausländischen Ursprungs ist in diesen Ziffern nicht enthalten. Der Genuß an Schweinefleisch ist am stärksten gestiegen. Ingesamt fand eine Vierverfachung des Fleischgenusses statt. In diesen Ziffern kommt die gewaltige Verbesserung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung im Zeitraum von 113 Jahren zum Ausdruck. Gegenüber der Vorkriegszeit ist eine Verbesserung, soweit sie im Genuß von Fleisch zum Ausdruck kommt, nicht eingetreten.

AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

Die Geschichte als Lehrmeisterin

Nur schwer kann sich die heutige Generation vorstellen, welche Schwierigkeiten unsere Kollegen noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, also vor noch nicht 50 Jahren, zu überwinden hatten, wenn sie sich zum Zwecke der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenschließen wollten. War doch die Gründung von Verbänden als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft durch Borenthaltung des Koalitionsrechtes lange Zeit unmöglich gemacht oder wo ein Zusammenschluß doch erfolgt war, die Entwicklung durch alle nur denkbaren Schikanen gehemmt. Dabei waren die Arbeitsverhältnisse außerordentlich verbesserungsbedürftig. Kein Wunder, daß die Lehren von Marx und Lassalle auf fruchtbaren Boden fielen, und es sich allerorten zu rühren begann. Aber in jedem Falle der Gründung eines Arbeitervereins mußte die vollständige Sägung der Polizei zur Genehmigung vorgelegt, darüber hinaus ein lächerliches Mitgliederverzeichnis eingereicht und alle Veränderungen gemeldet werden. Da sich die Behörden vielfach als Beauftragte der Unternehmer und bestehenden Klassen fühlten, nahmen sie keinen Anstoß, diesen die eingereichten Mitgliederlisten zur Einsichtnahme zu überlassen, worauf sich regelmäßig eine Flut von Maßregelungen über die bergestalt als renitent erkannten Arbeiter ergoß. Aber die immer mehr um sich greifende Anzucht der über die niedrigen Löhne, die überlange Arbeitszeit und den völligen Mangel an Arbeiterschutz konnte damit nicht gebannt werden. Überall wurden Fachvereine ins Leben gerufen, deren Verbot man mit möglichst harmloser Fassung der Vereinsatzung zu umgehen wußte.

Ein 1884 gegründeter Fachverein der Maler und Weißbinder in Darmstadt gab in § 1 der Satzung als Zweck des Vereins an:

„Wahrung der Ehre und Schutz der Interessen auf gemeinschaftlicher Grundlage, a) durch möglichstste Lohnaufbesserung zur Beschaffung eines kräftigen Lebensunterhalts des Gesellen und seiner Familie, durch Anstreben eines Normalarbeitstages von zehn Stunden innerhalb unseres Gewerks und eines verhältnismäßig angelegten Minimallohnes; b) durch Regelung der Arbeitszeit, größtmögliche Beschränkung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, bis auf die Fälle, in denen Gefahr für Leben und Gesundheit sowie für die öffentliche Ordnung oder Schädigung anderer Arbeiter vorhanden ist; c) durch Erreichung einer wirklichen und direkten Vertretung (Gesellenauschuß) im Meisterrate in Lohn-, Gesellen- und Lehrlingsfragen; d) durch möglichstste Erreichung eines Schutzes des Handwerkszeuges gegen Diebstahl und Feuerbrand (Geschirrtamman, eventuelle Versicherung) innerhalb unseres Gewerks; e) durch Erhaltung eines tüchtigen Rechtsschutzes und Sachverständigen-Beistandes zur Führung begründeter Rechtsstreitigkeiten; f) durch gegenseitige technische, praktische und moralische Belehrung in Wort und Schrift zur allgemeinen Vervollkommnung, mit besonderer Berücksichtigung des Lehrlingswesens; g) durch gegenseitige öffentliche Verbreitung von Erörterungen unser Gewerks betreffend.“

Der Wochenbeitrag war während des Sommers auf 10 J, im Winter auf 5 J festgesetzt. Bei Auflösung sollte etwa vorhandenes Vereinsvermögen einer nicht näher bezeichneten Krankenkasse überwiehen werden.

Maßnahmen zur Durchführung dieser Minimalforderung, wie Streik, waren aus guten Gründen nicht vorgesehen. Die geringste Andeutung von etwa beabsichtigter Arbeitseinstellung hätte die Nichtgenehmigung der Satzung und damit ein Verbot des Vereins zur Folge gehabt. Dasselbe oder zumindest Unterstellung unter die Versicherungsgesetzgebung und damit dauernde Ueberwachung würde die Einführung von Unterstützungs-einrichtungen hervorgerufen haben. Abgesehen davon, daß zu einem Kampfe zu damaliger Zeit alle Voraussetzungen fehlten, Solidarität der Arbeiter untereinander war noch ein unbekannter Begriff, enthielt die Satzung durchaus beachtenswerte Forderungen. Sie zeigen, daß Verständnis für die notwendigen Sicherungen des Arbeitsverhältnisses bei den damaligen Darmstädter Maler- und Weißbindergehilfen vorhanden war.

So starr die Regierenden das herrschende System auch zu erhalten bestrebt waren, wurde durch die unermüdbare Tätigkeit zielbewußt vorwärtsstrebender Vorkämpfer der Arbeiterbewegung doch Breche um Breche gelegt. Dennoch dauerte es bis 1898, bis die Darmstädter Kollegen unter Führung „fremder Helfer“ — wie die Bezeichnung für Verbandskollegen lautete — zur endgültigen Gründung einer Filiale unseres Verbandes schreiten konnten. Als die neugeschaffene Organisation den Unternehmern ihre Forderungen unterbreitete, wurde sie nicht einmal einer Antwort gewürdigt, obwohl die Zahl der Mitglieder den Herren Meistern genau bekannt war. Wie eine Bombe fuhr dann in dieses Unternehmertum die einmütige Arbeitseinstellung. Und als die Unternehmer notgedrungen zusammenkommen mußten, beschätzte man sich nicht etwa mit den gestellten Forderungen, sondern verwandte die ganzen Bemühungen darauf, herauszubekommen, wer die bisher so guten und braven Gesellen zu so frevelhaftem Tun aufgehetzt habe. Dieser muß ausfindig gemacht werden und darf in Darmstadt und Umgebung nicht mehr beschäftigt werden. Dem Scharfmachergeist setzten die Kollegen ihre Solidarität entgegen und führten den Kampf bis zum siegreichen Ende durch. In der Folgezeit war noch oft Gelegenheit gegeben, auf dem einmal beschrittenen Weg neue und weitergehende Verbesserungen durchzubringen. In Einigkeit und Geschlossenheit wurden alle Kämpfe durchgeführt,

auch wenn es einmal darum ging, Angriffe der Unternehmer abzuwehren, um Erzeugnisse zu verteidigen.

Darmstadt ist ein Schulbeispiel dafür, wie schwer es den Arbeitern gemacht wurde, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein erträgliches Maß zu bringen und zu regeln. Möge die heutige Generation Rückschau halten. Sie wird manches lernen und dann nicht Charlatanen zum Opfer fallen, die jedes Verantwortungsbewußtseins bar, alles herunterzureißen sich bemühen, was unter unfähigen Opfern aufgebaut werden mußte. Es ist der neuesten Zeit vorbehalten geblieben, ein System daraus zu machen, wie die eigene Stellung zur Freude der Unternehmer untergraben werden könne. Diese Wühlarbeit der RSD. wird nicht zum Ziele führen, der Arbeiterschaft aber neue und schwere Opfer auferlegen.

S. S.

Der 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert die gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche

„Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Ueberlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft, hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Hinzugekommen ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben. Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat.

Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Absage an den Krieg, das heißt durch allgemeine Abrüstung, zu beseitigen und derart die notwendige Vorbedingung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhalt zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongreß bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesauschuß des DGB. in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei gütlicher Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongreß insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich, und aus sozialen und politischen Gründen unabwendbar.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der

gesetzlichen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

Der Kongreß verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die beschlagenden Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.“

Erfahrungen

mit einem nationalsozialistischen Arbeitgeber

In Dresden übt ein Malermeister G... sein Gewerbe aus, den es vor einiger Zeit, wie viele selbständige Gewerbetreibenden, mit der Macht seiner Ueberzeugung zu der sogenannten „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ hingezogen hat. Ist es an und für sich eine bedenkliche Sache, wenn sich Unternehmer einer Arbeiterpartei anschließen, wird es weniger verwundern, wenn man weiß, daß diese „Arbeiterpartei“ von Prinzen, ehemaligen Generalen und Offizieren geführt wird. Alles Leute, die den Arbeitern von der wenig kameradschaftlichen Behandlung während des Krieges — trotz der inzwischen verflossenen 13 Jahre — immer noch in bedenklicher Erinnerung sind. Wenn man weiter weiß, daß es in dieser „Arbeiterpartei“ von Unternehmern wimmelt, wird man ganz gewiß stutzig werden. Die Arbeitgeber wissen doch im allgemeinen ihre Interessen sehr gut zu vertreten, eigentümlich also, fürwahr sehr eigentümlich, daß diese ihre Belange ausgerechnet in einer Arbeiterpartei so besonders gewahrt zu sehen vermeinen.

Nun, das ist ihre eigene Sache. Welche Achtung Herr G... als Angehöriger dieser „Arbeiterpartei“ den Arbeitern zollt, möge ein Vorfall beweisen. Kommt da ein erwerbsloser Kollege, Familienvater von fünf unmündigen Kindern, zu ihm, um nach Arbeit zu fragen. Die Ablehnung, daß er wegen Mangels an Aufträgen niemand einstellen könne, mußte mit dem Hinweis umbrämt werden, daß er nur Angehörige der Naziartei einstelle, und die Arbeiterschaft überhaupt zu 95% aus Lumpen bestünde. Es ist doch gewiß interessant, wenn ein geschwägiger Unternehmer die Ansichten seiner politi-

schen Partei so offenherzig ausplaudert. Unverständlich ist aber, warum man sich bei einer derartigen Einschätzung der Arbeiterschaft ausgerechnet den Namen „Arbeiterpartei“ meinte zulegen zu müssen.

Einem andern Kollegen gegenüber, der früher einmal bei diesem nazifreundlichen Arbeitgeber beschäftigt gewesen war, und der weber aus seiner Verbandszugehörigkeit noch aus seiner Mitgliedschaft beim Reichsbanner ein Sehl machte, äußerte sich Herr G...: „Wenn Sie Kommunist wären, dann wäre mir das viel lieber; denn die Kommunisten bekämpfen mit uns wenigstens die Demokratie.“ Man könnte — ohne böshaft zu sein — ein gemeinsames Band zwischen den beiden extremen Parteien vermuten. Da der Malermeister G... nach gelegentlichen andern Äußerungen die Gewerkschaften mit Demokratie zu bezeichnen pflegt, könnte durch die beiderseits gleichgestimmten Satzungen gegen die Gewerkschaften — ohne an den nationalsozialistisch-kommunistischen Stahlhelm-Vollkomsentscheid in Preußen zu denken — tatsächlich eine gewisse Verbundenheit zu einem gemeinsamen Ziele angenommen werden. Welch herrlichen Zeiten wir im sagenhaften Dritten Reich entgegengehen würden, wenn es möglich wäre, die Gewerkschaften zu zerschlagen, dafür gibt der Herr Nazimalermeister auch in seinem sonstigen Verhalten ein vorzügliches Beispiel.

In seinem Betriebe sind die Lehrlinge zahlreicher vertreten als die Gehilfen. Den Lehrlingen hat er durch ein Schreiben kund und zu wissen getan, daß sie jeden Sonnabend mittag nach Arbeitsluß sich in der Werkstelle zur weiteren Arbeitsleistung einzufinden haben. Da täglich 8 1/2 Stunden gearbeitet wird, ist die gesetzlich zulässige Höchstwochenarbeitszeit von 48 Stunden am Sonnabendmittag erfüllt. Das genügt dem Herrn Lehrmeister nicht. Sein Ideal wäre eine Tagesarbeitszeit von Sonnenaufgang bis zu Sonnenuntergang. Wer sich nicht fügen wolle, dem hat er sofortige Entlassung aus dem Lehrverhältnis angedroht. Das wären prächtige Zustände. Derartige Anforderungen erlassen vielleicht auch, warum sich die Unternehmer so zahlreich in dieser arbeitfeindlichen Auarbeiterpartei zusammengefunden haben.

Durch die langandauernde Arbeitslosigkeit werden viele Kollegen an den Rand der Verzweiflung gebracht. Sie lassen nichts unversucht, wenn auf irgendeine Weise eine Arbeitsstelle beschafft werden kann. Das Umschauen greift wieder mehr um sich. Wer aber hofft, durch persönliche Anfrage bei den Unternehmern in Arbeit zu kommen, dem werden bittere Enttäuschungen nicht erspart bleiben. Schon bei den Lohnverhandlungen im letzten Frühjahr haben sich Arbeitgebervertreter darauf berufen, daß sich Kollegen zu jedem Lohnsage weit unter dem tariflichen Stundenlohn anboten. Beweise und einer Nachprüfung standhältende Unterlagen konnten nicht beigebracht werden. Es ist aber wohl anzunehmen, daß Leute, die es fertigbringen, einen in bitterster Not dahinvegetierenden Erwerbslosen auf höhnische Art in seiner Arbeiterehre zu verletzen, auch von eigens zu dem Zweck gefertigten Berichten an ihre Organisation nicht zurückscheuen, wenn es zur Erhöhung des Unternehmerprofits nötig erscheint. Derartigen Argumenten kann die Grundlage entzogen werden, wenn die Vermittlung nur durch den Arbeitsnachweis erfolgt.

Hamburg. Am 22. August nahm die Vertreterversammlung im Gewerkschaftshaus den Geschäftsbericht vom zweiten Quartal entgegen. Die eingehenden Darlegungen des Filialvorsitzenden, Kollegen Sonn, über die sichtbaren Ursachen der gegenwärtig so schwer auf das ganze Wirtschaftsleben drückenden Krise fanden in der Versammlung volles Verständnis. Es bestche, so führte der Referent aus, leider keinerlei Aussicht, in diesem Jahre noch aus dem Elend herauszukommen. Nichts könnte den Widersinn des kapitalistischen Wirtschaftssystems besser kennzeichnen, als das Anhäufen gewaltiger Mengen lebensnotwendiger Erzeugnisse und von Nahrungsmitteln in den Ursprungsländern, zu deren Vernichtung man sich ansetzt, um das künstlich gehaltene Preisniveau nicht zu drücken und vor allem, um den Profit nicht zu gefährden, während gleichzeitig viele Millionen notleidende Menschen am Hungertuche nagen und der Verzweiflung preisgegeben sind. Der Lohnabbau hat die Krise noch verschärft und die Wirtschaft hart an den Rand des Abgrunds gebracht. Wenn schlimmeres verhütet, die völlige Unterwerfung der arbeitenden Bevölkerung unter das Diktat größtenteils sinniger Scharfmacher verhindert werden konnte, ist es vor allem der Widerstandskraft der freien Gewerkschaften zu danken. Vernichtend wirkt der Druck der Krise auf den Baumarkt. Die Bauaktivität wird immer mehr gedrosselt, wovon in hervorragendem Maße auch unser Malergewerbe betroffen wird. Jeder zweite Berufsangehörige ist seit Monaten erwerbslos. Besonders ungünstig ist die Lage der Lehrlinge; in vielen Fällen mußte die Organisation eingreifen, wo die Unternehmer wegen Mangel an Aufträgen um nützlicher Kleinigkeiten willen, und um das Kostgeld zu sparen, die Lehrlinge zur Entlassung zu bringen suchten. — Aus dem Klassenbericht des Kollegen Baerer ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit einen erheblichen Einnahmeausfall zur Folge hat, dem aber durch geeignete Sparmaßnahmen innerhalb des Verwaltungsapparates begegnet werden konnte. Der Mitgliederbestand ist unverändert, strikte Durchführung der Hauskassierung schafft dauernde Verbindung mit der Mitgliedschaft und kann manche Mißbilligkeiten im Entstehen beseitigen helfen. Am 1. Oktober treten die neuen Unterstützungssätze in Kraft. Sie bringen der Organisation eine größere Befastigung, werden aber das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Mitgliedern stärken. Eine gerechte Sühne fanden die dauernden Treiberer-

einiger gewerkschaftsfeindlich eingestellter ehemaliger Mitglieder. Da sie anlässlich der Mitgliederversammlung am 1. Juli für ihr provokatorisches Auftreten nicht den erhofften Resonanzboden fanden, sondern recht bittere Wahrheiten über ihr Verhalten zu hören bekamen, hatten sie die Versammlung mit dem Ruf „Raus aus dem Verband, hinein in die RSD.“ verlassen. Dem von der Filiale eingeleiteten Ausschlußverfahren wurde fast einstimmig entsprochen.

Berufsunfälle

Frankfurt a. M. Donnerstag, 20. August, ist beim Abbrechen eines Gerüsts unser Kollege Michael J. W. n. e. r., Mitglied des Lehrlingsausschusses, vom Gerüst abgestürzt. Er erlitt einen Schlüsselbeinbruch und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Hamburg. Am 14. August stürzte der Malerlehrling S. S. c. h. r. ö. d. e. r vom Gerüst und zog sich dabei innere Verletzungen zu, die seine Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig machten. — Am 22. August trat der Kollege Walter R. i. e. g. e bei seinen Arbeiten auf dem Bau einen Nagel in den Fuß. Riege wurde dadurch arbeitsunfähig. — Am 20. Juni erlitt der Kollege N. J. a. c. o. b. s. e. n einen Unfall durch Ausrutschen der Leiter auf einem Parkettfußboden. J. mußte einem Krankenhause zugeführt werden. — Am 31. August dieses Jahres fiel der Kollege O. t. t. o S. e. i. t. m. a. n. n bei seiner Arbeit in einem Krankenhause durch ein Glasdach. Seine erheblichen Verletzungen bedingten die sofortige Aufnahme als Patient.

Baugewerbliches

Die Krise am Baumarkt. Es wird heute sehr viel vom Sparen gesprochen. Sparen ist zweifellos nützlich, aber sparen an der falschen Stelle führt zum Gegenteil des Gewollten. Wird zur Angangnahme der daniederliegenden Wirtschaft ausschließlich Sparsamkeit auf allen Gebieten empfohlen, werden weiter Löhne und Gehälter gekürzt und jede Betätigung auf das äußerste eingeschränkt, werden durch Verminderung aller Ausgaben Ersparnisse zu erreichen gesucht, dann wird in erster Linie durch alle diese Maßnahmen der Inlandverbrauch immer weiter herabgedrückt, die Gesamtzeugung vermindert; weitere Arbeitslosigkeit ist die Folge, und mit Sicherheit wird der Zeitpunkt kommen, wo es nicht mehr möglich sein wird, 7 oder 8 Millionen Erwerbslose durch bescheidene Hilfe vor dem Untergang oder der Verzweiflung zu bewahren. Ganz verhängnisvoll wirkt sich Sparsamkeit bei lebenswichtigen Schlüsselgewerben aus, von denen eines der wichtigsten, das Baugewerbe, nahezu völlig stillgelegt ist. In Nummer 17 der „Sozialen Bauwirtschaft“ warnt A. E. l. l. i. n. g. e. r eindringlich vor dem Weiterforsieren auf diesem verhängnisvollen Sparwege, der nur zum Ruin der Gesamtwirtschaft beitragen könne. Weitere Aufsätze und die Rundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AD-Gewerkschaftsbundes und der beiden deutschen Mieterorganisationen richten sich gegen die geplante Abschaffung der Hauszinssteuer, die, wie auch der preussische Volkswohlfahrtsminister, Dr. Hirtzfelder, in seiner Rundfunkrede betonte, für den Kleinwohnungsbau nach wie vor unentbehrlich ist und deren Erträge daher zur Arbeitsbeschaffung langfristig gesichert werden müssen. Der Direktor der Hannoverschen Bodenkreditbank, Walter A. s. t. o. r., bewegt sich in seinem Aufsatz „Der Wohnungsbau am Ende“ in gleicher Richtung. Die Nummer enthält außerdem Beiträge über den Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. Main, über die vorzügliche Entwicklung der Volksfürsorge, die im Jahre 1930 trotz aller Arbeitslosigkeit 116 000 neue Versicherungen abschließen konnte, und über den Konkurs der mit kirchlichen Organisationen verquideten Dewaheim-Bausparkasse.

Wohnsiedlung ohne Schornsteine. In Bremen wurde vom Allgemeinen freien Angestelltenbund eine Neubauplanung von 189 Wohnungen errichtet, die insofern eine Neuheit ist, weil die Schornsteine vollständig weggelassen konnten. Die Heizwasserlieferung und die Beheizung der Wohnungen erfolgt durch ein benachbartes Fernheizwerk. Zum Kochen werden nur elektrische Herde und Apparate verwendet. Neben all den Vorzügen, die für den elektrischen Kochherd gelten — Sauberkeit, Arbeitersparnis, gleichmäßige Temperaturen, bessere Ausnutzung des Kochgutes — zeichnet ihn eine besondere Annehmlichkeit aus: der automatische Regler. Er sorgt dafür, daß unter der wärme-isolierenden Haube stets die erforderliche Kochtemperatur vorhanden ist. Dadurch wird es der Hausfrau ermöglicht, andere Arbeiten während der Zubereitung der Mahlzeit zu verrichten. Bei einem Strompreis von 8 J je Kilowatt ist die elektrische Zubereitung der Speisen wirtschaftlich. Die Bremer Wohnsiedlung zeigt jedenfalls einen Fortschritt im Wohnungsbau. Es ist durchaus möglich, daß die in einigen Jahren oder Jahrzehnten errichteten Neubauplanungen dieses Schornsteins mehr bedürfen. Die Elektrizität befreit sich auch hier als ein Wohltäter der Menschheit. Der alten Lesart sie in diesem Falle der Hausfrau zugute.

Gewerkschaftliches

Die Jugendleiterkonferenz des ADGB. Im Bezirk Berlin-Brandenburg-Grenzmark, die vor kurzem im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand, gab einstimmig nachstehende Erklärung ab: Zu gegenwärtig auf der gesamten Arbeiterschaft bestehende Notlage führt bei vielen jüngeren Arbeitern in-

Der 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main zu den Arbeitsbeschaffungsplänen des internationalen Arbeitsamtes

Entschließung „Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden. Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

folge der sie doppelt schwer treffenden Arbeitslosigkeit zu geistiger und seelischer Bedrückung, zu Mutlosigkeit oder hoffnungslosem Radikalismus. Diesen für die organisierte Arbeiterschaft bedenklichen Sachlagen gegenüber ist es unumgänglich notwendig, die durch die gewerkschaftlichen Jugendgruppen und Jugendkartelle bisher schon geleistete Jugendarbeit noch zu verstärken. Vor allem werden für die kommenden Wintermonate wieder Veranstaltungen für die jüngeren Erwerbslosen getroffen werden müssen, um ihnen die Erhaltung und Entwicklung ihrer Berufskennntnisse zu ermöglichen, um ihnen Belehrung und Unterhaltung zu bieten und auch eine Zubuße zu ihrer karglichen Ernährung zu gewähren.

Von den Behörden und öffentlichen Körperschaften wird erwartet, daß sie diese überaus wichtigen Veranstaltungen der Gewerkschaften nach Kräften fördern und unterstützen.

Mit aller Entschiedenheit protestiert die Konferenz dagegen, daß den Arbeitslosen unter 21 Jahren durch die Notverordnung vom 5. Juni der Unterstützungsanspruch geraubt wird. Der dafür eingeführte freiwillige Arbeitsdienst ist eine für die Lage der jüngeren Erwerbslosen nahezu bedeutungslose Maßnahme. Da aber die Möglichkeit besteht, daß mit dem freiwilligen Arbeitsdienst Mißbrauch getrieben wird, daß zum Beispiel Arbeiten verrichtet werden, die im ordentlichen Wege ausgeführt werden könnten, oder daß die Gruppen der Arbeitsdienstwilligen politische Propagandatrüppel darstellen, müssen die Gewerkschaften im Interesse der Jugend dem freiwilligen Arbeitsdienst besondere Aufmerksamkeit widmen.

An alle Gewerkschaftsmitglieder richtet die Konferenz deshalb das Ersuchen, ihren Organisationen durch zweckdienliche Mitteilungen dabei behilflich zu sein.

Die Konferenz ruft zu aktivster Mitarbeit auf dem Gebiete der Jugendarbeit über die jetzt bestehende Arbeit hinaus auf und verpflichtet die Verbände und Ortsausschüsse in allen Orten des Bezirks durch besondere Werbung zu versuchen, die werktätigen Jugendlichen reiflos den freien Gewerkschaften zuzuführen. Es muß ferner erreicht werden, daß alle jugendlichen Mitglieder der freien Gewerkschaften in Verbandsjugendgruppen und allgemeinen örtlichen Veranstaltungen ständig zusammengefaßt werden.

Unter Hinweis auf unser Ziel, tüchtige Facharbeiter und gesellschaftlich wertvolle Menschen heranzubilden, ist den jungen Kollegen Gelegenheit zu aktivster Mitarbeit im Organisationsleben zu geben.

Gustav Becker †. Einen herben Verlust hat die Zentrale der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-AG. in Hamburg, zu beklagen. Ihr Prokurist und Leiter der Außenorganisation, Genosse Gustav Becker, ist am 28. August nach langem Krankenlager im Alter von 59 Jahren gestorben. Aus dem Eisenerberuf hervorgegangen, hatte er sich sofort nach beendeter Lehrzeit seiner Berufsorganisation und schon mit 18 Jahren der politischen Arbeiterbewegung angeschlossen. Während langer Wanderjahre unausgesetzt für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß wirkend, wurde er, in Hannover sesshaft geworden, erst Bevollmächtigter, dann Gauleiter des Holzarbeiterverbandes und konnte später, als Sekretär in den Verbandsvorstand berufen, seine Tätigkeit als nimmermüder Berserker der Arbeiterinteressen mit Erfolg fortsetzen. Nach Gründung der Volksfürsorge trat er in deren Dienste, wo ihm die Leitung des Organisationsbüros übertragen wurde. Seine Verdienste um die Förderung der Volksfürsorge wie um alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung sind unbestritten.

Unternehmerhydritus und Gewerkschaftsführer. Im Verlag des Bibliographischen Instituts Leipzig erschien kürzlich ein Buch „Berufsstunde“, wo über den Unternehmersekretär und den Gewerkschaftsbeamten treffende Ausführungen gemacht werden. Ueber den Unternehmerhydritus ist folgendes zu lesen: „Er vertritt die Interessen, die nicht die seinen sind. Und er vertritt nicht die Gesamtheit dieser Interessen, die sich zwar oft im Gegensatz zu andern Volksgliedern, oft aber auch in Gemeinschaft mit ihnen bewegen, sondern er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze anzukämpfen; die populären Seiten ihrer Tätigkeit haben die Unternehmer sich selbst oder den Syndikat der Wirtschaftsverbände vorbehalten. Von der Tätigkeit des Arbeitgeberhydritus innerhalb des Verbandes merkt die Öffentlichkeit nichts. Ob der Mann hier zur Vernunft und Versöhnung redet, Ausgleiche zustande bringt, die im Interesse der Allgemeinheit und auch der Arbeitnehmer liegen, das bleibt hinter verschlossenen Türen. — Wo er sich sehen läßt, ist er ein Feind.“

Hören wir nun, was über die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre geschrieben wird: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, führt der Syndikats pflichtgemäß Gesandte, die ihn innerlich nichts angehen. Der Gewerkschaftsbeamte dagegen kämpft den Kampf seiner Klasse,

führt die Geschäfte seiner Berufskollegen, berät und leitet in Nöten, die er selbst erlitten hat. Es geht nicht an, die Gewerkschaftsbeamten wie den Syndikus von seinen technischen Funktionen oder seiner Vorbildung her zu beschreiben... Die Gewerkschaft ist eine Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Das heißt: sie geht den ganzen Menschen an. Der Klassenkampf von unten ist das letzte Ende der Kampf um die Menschenwürde, um die Ebenbürtigkeit. Wirtschaftliche und taktische Erfolge haben nur Bedeutung, können nur dauernde Befriedigung der Klassengenossen erreichen, wenn sie dem großen Ziel nahe führen. Der Klassenkampf von oben dagegen ist immer nur Abwehrkampf... Für jeden Politiker besteht die schwere Aufgabe, auf lange Sicht zu arbeiten und gleichzeitig Kleinarbeit zu tun. Für den Führer des Proletariats ist sie aber dadurch besonders erschwert, daß auf beiden Seiten seiner Wirksamkeit in ganz verschiedenen Sphären liegen. Es ist das Aufstiegs- und Bildungsproblem, das uns hier entgegentritt. Der Proletarier der als Vertreter seiner Klasse über ihren Bereich hinaus tritt, muß sich den Bedingungen des neuen Wirkungskreises anpassen. Er muß sich Wissen aneignen und ein unerschütterliches Vertrauen als Persönlichkeit genießen. „Spezialisten der Zwietracht.“ Eine treffendere Bezeichnung konnte für die zersetzende Tätigkeit der Unternehmerhydriten nicht geprägt werden.

Theorie und Praxis in der RSD. Daß die Kommunisten mit einem Janustopf herumlaufen, dürfte bekannt sein. In ihren Forderungen sind sie sonst nicht kleinlich. Hört man sie, so möchte man glauben, die Gewerkschaften sind in der Lage, den Lohn herunterzuholen. Anders ist es jedoch, wenn sie selbst die Verantwortung tragen oder gar als Unternehmer auftreten. Die Kommunisten haben bekanntlich einige Konsumgenossenschaften heruntergewirtschaftet und sie dem Bankrott nahegebracht. Darunter befindet sich der Allgemeine Konsumverein Halle. Gegen die Auflösung des Schlachtungsausschusses wegen Verstoßes gegen einen neuen Tarifvertrag anrufen. Durch Schiedspruch wurde der zwischen dem ADGB und dem Hallischen Einkaufsverein bestandene Tarifvertrag wieder in Kraft gesetzt. Ein weiterer Schiedspruch stimmte, daß die Tarifgehälter um 8 % gekürzt werden sollten. Diese Kürzung sollte nach Meinung des Vorsitzenden des Schlachtungsausschusses nur infolge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Allgemeinen Konsumvereins zugelassen werden. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge wollen wir die Verbandszeitung Nr. 17 des ADGB. reden lassen:

„Den roten Konsum-Strategen war aber das nicht genug. Nachdem sie vorher schon den Manteltarif abgelehnt hatten, hatten sie mit ihren RSD-Gelben einen regelrechten Werkvereinstariferlass fabriziert. Der Allgemeine Konsumverein legte dem Schlachtungsausschuss einen mit der RSD. abgeschlossenen Gehaltsvertrag vor, der einen Gehaltsabbau von ungefähr 20 % vorsah. Dieselben RSD-Leute, die nicht laut genug waren, Gewerkschaften des Verrats zu zeihen und den Pfennig-Lohnabbau beschreiben, schloßen im Augenblick des Tarifstreits einen Gegenarbeitsvertrag mit rund 20 % Gehaltsabbau ab. Vernünftigerweise ging der Schlachtungsausschuss über den Gehaltsstarif der RSD zur Tagesordnung über. Das hat den Allgemeinen Konsumverein veranlaßt, in einem Schreiben an den geschlichen Schlachtungsausschuss gegen seine Einstellung polemisieren. Dem Schlachtungsausschuss wird vorgeworfen, nur nach rein politischen Gründen gewinn zu haben. Es wird weiter ausgeführt, daß die RSD eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern ist mit dem Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeit usw.) zu verbessern. Gehaltsabbau von 20 % — das nennen die Kommunisten, wenn sie Tarif abschließen, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer.“

So sehen diese Herrschaften aus, wenn sie als Unternehmer auftreten. Eine größere Verlogenheit einer Bewegung läßt sich schlecht vorstellen.

Genossenschaftliches

Das Steuerprogramm der Konsumvereinsgegner. II. Die ungeheuerliche Ueberziehung des Handels durch eine Zunahme um 67 % der Betriebe in der Zeit von 1907 bis 1925 illustriert, während die deutsche Bevölkerung nur um 8 % zunahm — sollen die Konsumgenossenschaften, das heißt ihre zu mindestens 75 % aus Arbeiterfamilien bestehenden Mitglieder Ausnahmesteuern hüßen. Nicht genug damit, daß sie von den Konsumgenossenschaften zu zahlenden normalen Steuern, von denen sie wie jeder einzelne Händler erfaßt sind, auf Grund ihrer Buchführung mit „Heller und Pfennig“ herangezogen werden, nicht genug mit der Sonderumsatzsteuer, die Millionenbeträge von Ersparnissen den Verbrauchern und vor allem den 75 % — circa 3 Millionen Arbeiterfamilien der Konsumgenossenschaften — wegsteuert, und von der der Einzelhandel nicht erfaßt ist — nein, nachdem die Ausnahmesteuerung einmal angefangen ist, soll sie „ausgebaut“ werden.

Mit der Warenhaus- und Filialsteuer will man nicht nur die Warenhäuser, sondern auch und erst recht die Konsumgenossenschaften treffen. Und daß es sich von Standpunkte der Konsumvereinsgegner aus „loht“, das zeigen die Erträge der Warenhaussteuer in Thüringen, wo 20 Warenhäuser, 34 Konsumgenossenschaften und sonstige Betriebe erfaßt sind. Den Löwenanteil der Steuer tragen mit 280 000 M die Konsumgenossenschaften, die eigentlichen Warenhäuser zahlen 160 000 M und die sonstigen Betriebe bringen es gar nur auf 70 000 M. Wer also in erster Linie durch die Warenhaussteuer getroffen werden soll, das sind die Konsumgenossenschaften die nur an ihre Mitglieder — 75 % Arbeiterfamilien! — verkaufen dürfen; außerdem aber auch die

höchsten Gewerbesteuer zahlen müssen, obwohl sie gar keine Gewerbebetriebe darstellen und an „Dritte“ nicht verkaufen dürfen, das heißt also Gewerbesteuerpflichtig, ohne Gewerbesteuerfreiheit — mithin auch eine Ausnahmesteuer!

Eine weitere Ausnahmesteuer, die vor allem wieder die Konsumgenossenschaften trifft und die Ersparnisse ihrer Mitglieder (von denen 75% = 3 Millionen Arbeiterfamilien sind) schwächen soll, wird mit der sogenannten Filialsteuer angestrebt, die ebenso wie die Lohnsummensteuer im Steuervereinfachungsgesetz „verankert“ ist. Die Lohnsummensteuer ist beispielsweise auf Betrieben der Nationalsozialisten („Deutsche Arbeiterpartei“ — wer lacht da?) in Thüringen eingeführt worden, wo alle Betriebe (Konsumentgenossenschaften!) mit über 300 000 M. Jahresumsatz 6% der gezahlten Gehälter und Löhne als Steuer abführen müssen — eine nationalsozialistisch-wirtschaftsparteilich-landbändlerisch-volksparteiliche Angelegenheit ohne Zweifel. Was die Filialsteuer anbelangt, so soll sie auf die großkapitalistischen Kolonialwarenfirmer gemünzt sein, aber treffen wird sie wiederum und vor allem die Konsumgenossenschaften mit ihren auswärtsigen Verteilungstellen, deren betriebs- und volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung unbestritten ist. Ebenfalls also eine Ausnahmesteuer schlimmster Art; denn die Gemeinden mit Konsumgenossenschaftlichen Verteilungstellen erhalten jeweils den anteiligen Betrag der Gewerbe- und aller sonstigen Gemeindesteuern (Gewerbesteuer), so daß die steuerliche Belastung der Konsumgenossenschaftlichen Filialen keinesfalls geringer, sondern weit größer ist, als die des ortsansässigen Handels. Insbesondere auch durch die 0,5% Sonderumsatzsteuer, die auch die Umsätze der kleineren Verteilungstellen der Konsumgenossenschaften trifft und beispielsweise in Württemberg einem Gewerbesteuerzuschlag von 160% (!) entspricht.

„Ist sie gleich Wahnsinn, so hat sie doch Methode“ — diese Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften. Denn die „Deutsche Kolonialwarenzeitung“ vom 11. März 1931 hat gefordert und verraten, daß die „Spitzenvertretungen des kaufmännischen Lebensmitteleinzelhandels“ auf die Regierungen des Reiches und der Länder einwirken werden, um einen gerechten Ausgleich der unnatürlichen Macht und Wachstumsverhältnisse, die die Nachkriegszeit gebracht hat, herbeizuführen. Womit allein die Konsumgenossenschaften mit ihren 4 Millionen Mitgliedern, darunter mindestens 75% = 3 Millionen Arbeiterfamilien, gemeint sind.

So sieht die soziale Gesinnung des Privathandels, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschen Nationalen „Volks“-partei und der Deutschen Wirtschaftspartei aus, die alle zusammen ihre mittelständspolitischen „Mäßen“ an der genossenschaftlichen Selbsthilfe „kühlen“ wollen; die wollen die Privatwirtschaft um Subventionen, zinslose Darlehen und um Garantien bei Reich und Ländern schnorrt, sollen die Konsumgenossenschaften durch Steuern blutleer gemacht und die minderbemittelte Bevölkerung — 3 Millionen Arbeiterfamilien mit etwa 750 000 Arbeitslosen! — um ihre kleinen Ersparnisse gebracht werden.

Sozialpolitisches

Erhöht die Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit?

Diese bedeutsame Frage wird im Heft 2 der „Wirtschaftsturb“ recht eingehend behandelt. Der Verfasser dieses Aufsatzes bestreitet, daß die Beiträge der Industrie zur Arbeitslosenversicherung eine Schwächung der Rentabilität bedeuten. Vielmehr müsse man den Beitrag der Arbeitgeber als eine Leistung derselben an die Arbeitnehmer ansehen, die dem letzteren nicht durch die Lohnsätze, sondern auf einem Umwege zustiehe. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß bei geringerer Sozialbelastung der Industrie das deutsche Lohnniveau höher sei. „Der sichtbare Anteil der Arbeitslosenversicherung an den Produktionskosten der deutschen Industrie bleibt“, so heißt es weiter, „auch bei der Annahme der höchsten Ausgangszahlen im Durchschnitt weit unter einem Prozent der Gesamtkosten. Daß dieses Prozent irgendwo für die Betriebsstilllegung entscheidend sein könnte, ist wenig wahrscheinlich... Die Arbeitslosenunterstützung fließt heute aus dem Ertrag der Industrie an die Arbeitslosen und erhöht ihren Verbrauch... Ehe die Entwicklung der Volkswirtschaft wieder eine ansteigende Linie nimmt, muß das weitere Absinken von Produktion und Beschäftigung verhindert sein. Die Funktion, den Niedergang zu stabilisieren, hat der Konsum. Der Konsum als Sicherungsboden der Volkswirtschaft ist in den letzten Monaten stärker geschwächt worden als in früheren Krisen. Die Stützung des Verbrauchs durch die Arbeitslosenversicherung ist deshalb nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, sondern aus Gründen der reinen konjunktopolitischen Zweckmäßigkeit erforderlich. Dies gilt um so mehr, als die Investition des ganzen durch einen Abbau der Sozialversicherung ersparten Kapitals bei der jetzigen Investitionstätigkeit der Industrie zweifelhaft ist und jede Thesaurierung von Kaufkraft eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage mit sich bringt! Die Behauptung, daß die Unterstützung ganz allgemein die Arbeitswilligkeit mindere, tut der Verfasser folgendermaßen ab: „Sie zu bejahen hieße die Kargheit der Lebenshaltung übersehen, mit der die Hauptunterstützungsempfänger sich abfinden müssen, und darüber hinaus die feilsche Qual der Arbeitslosigkeit vergessen. Die Wirkung des Abstands zwischen Unterstützung und Lohn ist so beträchtlich, die Lebenshaltung auf der Grundlage der Unterstützung so gedrückt, daß keine Hemmung des Arbeitsangebots besteht.“

Der Verfasser kommt nach alledem zu der Behauptung,

Neht rechtzeitig Wahrschau!

Jedem Menschen erscheinen die Arbeitsmaschinen, die in den verschiedensten Abarten in unserer Industrie verbreitet sind, als der Inbegriff des Gefährlichen. Viele verbinden mit dem Wort „Anfall“ sicher das Bild von Kreibriemen, sich drehenden Rädern, schneidenden Messern, rotierenden Getrieben. Ebenso sehen wohl die meisten Menschen eine Leiter als einen harmlosen Gegenstand des täglichen Gebrauches an. Um so mehr werden sie dann alle erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß durch Fall von Leitern, Treppen und durch Lutten und dergleichen viel mehr Unfälle vorkommen als durch Arbeitsmaschinen. Ja, wenn man die Todesfälle durch Unfall miteinander vergleicht, so kann man aus der Statistik für 1929 feststellen, daß sogar mehr als dreimal soviel Unfalltodesfälle durch Fall von Leitern usw. als durch Arbeitsmaschinen hervorgerufen wurden, nämlich 620 gegen 192!



HALT!

Die Arme frei zum Aufstieg, Den Kasten zum Umhängen einrichten!

Bestell-Nr. 384-a Unfallverhütungsbild G.m.b.H. Verb. d. Dtsch. Berufsgerosenschaft, Berlin W.9.

Bei einer derartigen allgemeinen Einstellung ist es ganz verständlich, daß diejenigen, die ständig mit Leitern zu tun haben, durch diese Gewöhnung noch ganz besonders abgestumpft werden. Falsche Benutzung und Aufstellung, mangelnde Sicherung gegen Ausgleiten und anderes, mehr verschulden einen ungeheuer großen Teil dieser großen Zahl von Leiterunfällen. Aber es ist auch eine weit verbreitete, bisher wenig bekämpfte Ansinne, sich nicht mit beiden Händen festzuhalten, wenn man eine hohe Leiter besteigt. Wer Handwerkszeug usw. mit an die höher gelegene Arbeitsstelle transportieren muß, derentwegen er die Leiter besteigt, der muß unbedingt dafür sorgen, daß er trotzdem seine beiden Hände zum Aufstieg frei hat. Bei einiger Ueberlegung läßt sich in jedem einzelnen Falle eine Möglichkeit finden, um auf diese Weise ungefährdet die Leiter benutzen zu können.

daß die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung keineswegs erhöht wird. Dazu sind auch die Unterstützungssätze viel zu niedrig.

Steigerung der Arbeitslosenziffer.

In der Zeit vom 15. Juli bis 15. August hat die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 148 000 zugenommen. Mitte August waren 4 104 000 Arbeitslose vorhanden. Die nicht geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit ist nach dem Bericht der Reichsanstalt zum Teil auf die Auswirkungen der Kreditkrise zurückzuführen. Das Einbringen der Ernte hat eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zur Folge gehabt. Die Reichsanstalt stellt fest, daß die Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft durch eine starke Verwendung von Maschinen und durch das unmittelbare Angebot wandernder Arbeiter gekennzeichnet sei. Eine Besserung ist fast in keinem Berufszweige zu erblicken. Die Aussichten sind also trübe. Das Anwachsen der Arbeitslosenziffer um 150 000 in einem Monat im Hochsommer läßt die Schwierigkeiten der Wirtschaft sehr deutlich erkennen.

Wirtschaftspolitisches

Die Schuld der Kartellwirtschaft an der Kreditkrise.

Die schwere Kreditkrise, von der die deutsche Wirtschaft heimgejagt wurde, war die Folge der plötzlichen Kündigung der kurzfristigen Auslandsschulden. Für den großen Umfang der kurzfristigen Verschuldung war zum Teil die Tatsache verantwortlich, daß langfristige Anleihen in den letzten 1 1/2 Jahren nicht zu erhalten waren. In der Zeit, wo das Ausland langfristige Anleihen noch zur Verfügung stellen wollte, wurde die öffentliche Hand durch den Reichsbankpräsidenten Schacht und die Beratungskommissionen davon abgehalten. Inbesseren tragen auch die Kartelle Schuld daran, daß sich die deutsche Wirtschaft so stark kurzfristig verschulden mußte. In der Sonderausgabe des „Manchester Guardian Commercial“ über die internationale Entwicklung des Bankwesens lesen wir vom be-

kannten Kreditpolitiker Prof. Melchior Palvi beachtenswerte Ausführungen über den Anteil der Kartelle an der kurzfristigen Verschuldung. Palvi schildert den verhältnismäßig hohen Stand der deutschen Preise gegenüber der Preisentwicklung im Ausland. Mit den hohen Preisen stand der allzu langsame Abbau der Lagerbestände bei dem Bergbau und den Industrieunternehmungen in Verbindung. Die Banken hätten den Lagerabbau bei ihren Kreditnehmern erzwingen können. Sie haben jedoch in dieser Hinsicht keine großen Anstrengungen gemacht, und vor allem nicht mit der gleichen Energie bei allen Unternehmungen. Ein allzu starker Druck der Banken hätte freilich manche Kreditnehmer ruiniert. Daß aber der Erfolg der Anstrengungen der Banken zur Erzwingung des Lagerabbaues ausblieb, dafür ist vor allem die deutsche Kartellwirtschaft und der von den Banken unterstützte Wunsch, „den Markt nicht zu verderben“, verantwortlich. Da nun die Kreditmenge durch Abstoßen von Lagerbeständen nicht vermindert werden konnte, blieb den Banken neben Steigerung ihrer Verbindlichkeiten bei der Reichsbank nichts anderes übrig, als ihre kurzfristigen Auslandsschulden zu erhöhen, wenn sie ihre Kunden mit Krediten weiter versorgen wollten. Auf diese Weise trug die Kartellwirtschaft zur Steigerung der kurzfristigen Auslandsschuldung bei.

In Argentinien beinahe Verdoppelung der Ausfuhrmenge bei vermindertem Ausfuhrerlös.

Die Getreideausfuhr Argentinens war in der ersten Hälfte des laufenden Jahres beinahe doppelt so groß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie stieg von 4,3 auf 8,3 Millionen Tonnen. Der Erlös aus der Getreideausfuhr blieb jedoch ungefähr derselbe wie vor einem Jahr. Die gesamte Ausfuhr Argentinens stieg von 5,3 auf 9,1 Millionen Tonnen, der Ausfuhrerlös sank jedoch von 350 auf 330 Millionen Goldpesos. In der stark erhöhten Ausfuhr bei sinkenden Erlösen kommen sowohl die Anstrengungen der Agrarländer zur Steigerung ihrer Ausfuhr wie der gewaltige Preissturz auf dem Weltmarkt zum Ausdruck.

Donnerstag

Die Kampfkraft der österreichischen Gewerkschaften ungebrochen.

Es ist selbstverständlich, dass der furchtbare Schrumpfungprozess der österreichischen Wirtschaft nicht unbemerkt an den Gewerkschaften vorbeigehen konnte; denn das Schicksal der Wirtschaft ist leider immer zugleich das Schicksal der Arbeiter und ihrer Organisationen. Es war erstaunlich, dass in den Jahren 1926 bis 1929 die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften verhältnismäßig von der Konjunktur unbeeinflusst blieben, ja sogar 1927 noch erheblich ansteigen konnten. Das letzte Wirtschaftsjahr hat nun zum erstenmal einen größeren Mitgliederverlust von 82 073 Mitgliedern gebracht. Von 737 277 ging die Zahl der im Bund der freien Gewerkschaften Oesterreichs organisierten Mitglieder auf 655 204 zurück. Wer jedoch bedenkt, dass dieser Mitgliedererückgang nur 10% der Gesamtzahl ausmacht, während durchschnittlich die Betriebsbelegschaften im Krisenjahr 1930 um 15 bis 20% zurückgingen, der wird den zahlenmäßigen Verlust von 82 000 Mitgliedern als Zeichen der unverminderten Kraft der österreichischen Gewerkschaften werten. Allein drei Viertel des Rückganges der Mitgliederzahl entfällt auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1930 gegenüber 1929 mehr als 60 000 betrug. Dass die Kampfkraft der freien Gewerkschaften ungebrochen blieb, zeigt die Tatsache, dass auch 1930 alle Angriffe auf die Kollektivverträge abgewehrt werden konnten, dass die Landarbeiter trotz Heimwehrterror auf dem flachen Land ihre Mitgliederzahl unverändert erhalten und die Bau- und Holzarbeiter sowie die Buchdrucker sogar tarifliche Lohn-erhöhungen durchsetzen konnten. Trotz des verschärften Angestelltenabbaus konnte auch die Organisation der Privatangestellten ihre volle Kampfkraft aufrechterhalten.

Das amerikanische Gewerkschaftsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vollzugausschuss des amerikanischen Gewerkschaftsbundes stellte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sechs Forderungen auf: 1. Fünftagewoche sowohl in öffentlicher wie in privater Beschäftigung. (Hierzu ist zu bemerken, dass auch die amerikanische Handelskammer die allgemeine Einführung der Fünftagewoche fordert.) 2. Sechstagentag, wenn nötig, und Sicherung der Arbeitsstelle, wo nur möglich. 3. Aufrechterhaltung der Löhne. 4. Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden. 5. Ausarbeitung von Plänen der Stabilisierung der Beschäftigung in der Industrie. 6. Einberufung einer Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Leitung des Präsidenten der Republik. — Eigenartig, dass in diesem Programm die Forderung nach Einführung einer Arbeitslosenunterstützung nicht enthalten ist.

Arbeitsgerichtliches

rd. Arbeiter als Abgeordnete. Kündigungsrecht des Arbeitgebers. Nach Artikel 160 der Reichsverfassung hat bekanntlich derjenige, der in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, das Recht auf die zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und — soweit dadurch der Betrieb nicht erheblich geschädigt wird — zur Ausübung ihm übertragenen öffentlicher Ehrenämter nötige Freizeit. — Ein seit etwa 18 Jahren ununterbrochen in einer Fabrik tätiger Arbeiter war in den Reichstag gewählt worden. Vor Beginn der Reichstagssitzung bat der Arbeiter seinen Arbeitgeber um „permanenten“ Urlaub. Der Arbeitgeber lehnte das Gesuch ab und teilte dem Arbeiter mit, daß er,

Da er infolge anderweitiger Beschäftigung an seiner Tätigkeit in der Fabrik verhindert sei, aus seinem Arbeitsverhältnis entlassen sei. Nun klagte der Arbeiter auf Feststellung der Fortdauer seines Arbeitsverhältnisses, doch hatte das Landesarbeitsgericht die Klage abgewiesen, weil Artikel 160 der Reichsverfassung wohl eine fristlose, nicht aber eine vertragsmäßige Kündigung aus Anlaß der Beurlaubung eines Arbeiters als Abgeordneter verbiete. — Das Reichsarbeitsgericht hat den Standpunkt des Landesarbeitsgerichts gebilligt. Nach dem Wortlaut des Artikels 160 hat der Arbeiter Anspruch auf die zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und etwaiger ihm übertragener Ehrenämter erforderliche Freizeit, so heißt es in den Gründen, nicht aber auf den Fortbestand des Dienstverhältnisses selbst und den Ausschluß der vertraglich ausbedungenen Kündigung. Danach bedeutet das durch die Abgeordnetentätigkeit verursachte Fernbleiben eines Arbeiters keinen schuldhaften Verstoß gegen den Arbeitsvertrag und kann deshalb auch nicht zum Anlaß einer fristlosen Kündigung seitens des Arbeitgebers gemacht werden, im übrigen werden aber die gegenseitigen Rechte und Pflichten der beiden Teile aus dem Dienstvertrage nicht berührt. Es wäre auch ein durch die Rücksichtnahme auf die staatsbürgerlichen Rechte eines Arbeiters kaum zu rechtfertigender Eingriff in bestehende Verträge und eine kaum zu billigende Härte für den Arbeitgeber, wenn er gezwungen sein sollte, seinem Angestellten gegenüber vielleicht viele Jahre lang von seinem vertraglichen Kündigungsrecht nur deshalb keinen Gebrauch zu machen, weil er Abgeordneter ist. — Der Hinweis des Klägers auf die Beamten, die infolge ihrer Abgeordnetentätigkeit nichts in dieser Beziehung zu befürchten haben, ist richtig. Das liegt aber an der ganz anders gearteten Stellung der Beamten im Verhältnis zu der Stellung der Arbeitnehmer. Den ersteren gegenüber besteht eine öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Kündigungsmöglichkeit überhaupt nicht. Zugubeen ist auch dem Kläger, daß die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes manchen Arbeiter abhalten wird, ein Abgeordnetenmandat anzunehmen, was im Interesse eines gesunden Parlamentarismus zu bedauern ist. Über dem ist entgegenzuhalten, daß auch Angehöriger vieler anderer Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte, Handwerker usw. bei Übernahme eines Abgeordnetenmandats mit der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Lage rechnen und es sich daher genau überlegen müssen, ob ihre wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausübung der Abgeordnetentätigkeit gestatten. (NAG, 3. 12. 30. — 28. 3. 30. — Nachdruck verboten.)

Gerichtliches

Anfall bei Anstricharbeiten in einem Geschäftshaus unter Aufrechterhaltung des Betriebes.

(Sorgfaltspflicht des Prinzipals.)

Eine Warenhaus-Aktiengesellschaft ließ das Rahmenwerk der Glasbedachung des Lichthebes ihres Geschäftshauses neu anstreichen. Während der Arbeiten sollte der Geschäftsbetrieb keine Unterbrechung erleiden. Die beauftragte Firma errichtete ein Ständergerüst, auf dem die mit den Reparaturen beschäftigten Arbeiter tätig wurden, doch war der Fußboden des Gerüsts so mangelhaft hergestellt worden, daß ein Arbeiter abgenommenes Stierstück aus Blech, das dabei seinen Händen entglitt, durch eine Lücke des Arbeitsbodens hindurchstürzte und einen Handelsvertreter, der gerade einem Einkäufer des Warenhauses seine Muster vorlegte, schwer verletzte. — Die auf Schadenersatz in Anspruch genommene Warenhausfirma wandte ein, sie habe mit den Wiederherstellungsarbeiten eine hierfür besonders geeignete Firma betraut gehabt. Außerdem seien zwei Angestellte ihrer eigenen Firma — der Chefdekorateur und der Hausmeister — mit der Ueberwachung der Arbeiten betraut gewesen, sie habe also alles getan, was in ihrer Macht lag, um Gefahren bei der Ausführung der Arbeiten zu begegnen.

Indessen erklärte das Oberlandesgericht Köln den Anspruch des Klägers für berechtigt, und das Reichsgericht bestätigte das Urteil. In Anrecht stehe die Beklagte auf dem Standpunkt, sie habe voll und ganz ihre Pflicht erfüllt und weitergehende Forderungen nach dieser Richtung bedeuteten eine Ueberspannung der Sorgfaltspflicht eines Warenhausbesizers. Gewiß wird es im allgemeinen genügen, wenn der Inhaber eines Warenhauses Arbeiten der fraglichen Art einem zuverlässigen Fachmann überträgt und sich auf dessen Einsicht und Gewissenhaftigkeit verläßt. Daraus folgt aber nicht, daß er selbst von jeder Aufsichtspflicht frei wäre. Eine solche bleibt vielmehr grundsätzlich immer für ihn bestehen, und ihr Umfang hängt unter sonst gleichen Umständen von der größeren oder geringeren Fachkenntnis und Zuverlässigkeit des mit der Arbeit Betrauten ab, kann aber unter andern Umständen trotz gleicher Fachkenntnis und Zuverlässigkeit anders zu bemessen sein. — Was den vorliegenden Fall betrifft, so ist zu bedenken, daß die beklagte Aktiengesellschaft die Arbeiten trotz der großen Gefahren, die daraus den in dem Warenhaus verkehrenden Personen offensichtlich drohten, ohne jede Einschränkung ihres Betriebes ausführen ließ. Wenn der Vorderrichter bei dieser Sachlage die Beklagte für verpflichtet hielt, sich durch ein Vorstandsmitglied oder einen andern vertretungsmäßigen Vertreter — zum mindesten nach Er-

Bücher für den Maler.

- Der Weg zur Farbe 15,-
 - Die Technik der Holzmalerei, 12 Tafeln in Mappe 18,-
 - Die Perspektive für den Dekorationsmaler, mit 100 Zeichnungen 6,-
 - 24 Schrifttafeln in Mappe, 25 Alphabete und Beispiele 10,-
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1926, gebunden, mit 48 farbigen Tafeln 12,-
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1928, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 18,-
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1930, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 25,-
 - Die Geschichte der Dekorationsmalerei, illustriert, Ganzleinen 3,50
 - Der Weggenosse für den praktischen Maler 18,-
 - Handbuch für Maler, von Wenzel 9,-
 - Das Ganze der Schildermalerei, von Wenzel, illustriert 7,-
 - Die Farbenfibel, von Ostwald 10,-
 - Die Technik der Autolackierung, von Oliver-Wolff 20,-
 - Form- und Farbenwunder der Spritztechnik, von Lüpke, broschiert 8,50
 - Baumann-Profes Farbtonblocks, von 4,75, 9,-, 10,- bis 23,-
- vom
Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36,
Alster-Terrasse 10
- oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

richtung des Gerüsts und vor Beginn der Arbeiten darauf — davon zu überzeugen, daß alles Erforderliche zum Schutze der im Lichtbogen verkehrenden Personen getan sei, so ist das nicht zu beanstanden. (RGR. 18. 4. 31 — IX. 563. 30.) (Nachdruck verboten!)

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. (Auskünfte bereitwilligst.)

Angemeldete Patente.

Rl. 50 c. G. 5230. Farbmühle. Ernst Jaeschke, Hamburg, Margarethenstraße 41.

Rl. 75 c. P. 61 313. Staubsauger mit biegsamer Welle zum Antrieb eines Werkzeugs, insbesondere zum staubfreien Entfernen von Farbansätzen. Max Pflug, Bad Rissingen, Kurhausstraße 45.

Erteilte Patente.

Rl. 22 h. 533 275. Verfahren zur Herstellung von schnelltrocknenden Lacken und Firnissen. Norddeutsche Wollkammerei und Kämmgarnspinnerei Bremen, Nordwollfabrik.

Rl. 22 h. 533 276. Verfahren zur Herstellung von Grundiermitteln. Dr. Johannes Scheiber, Leipzig C 1, Waldstraße 76.

Rl. 48 a. 533 179. Verfahren zur Herstellung von hochglänzenden Bronzepulver. Ernst Dejer, Berlin W 57, Culmstraße 20 a.

Rl. 75 a. 532 940. Apparat zum Anstreichen, Tünchen und Putzen von Flächen. Diplomingenieur Leo Eichelgrün, Berlin NW 21, Bredowstraße 31.

Rl. 75 a. 532 941. Maschine zum Ueberziehen von Massenartikeln mit Farbe, Lack usw. mittels Spritzverfahrens. Kurt Dohnert, Hamburg 39, Hudtwalckerstraße 20, und Kurt Heidenreich, Dresden-N. Rosenstraße 90.

Rl. 75 c. 533 101. Malverfahren. Wilhelm Wenzel, Hamburg, Desenhofstraße 83.

Gebrauchsmuster.

Rl. 75 c. 1 183 916. Mechanische Vorrichtung an Spritzapparaten. Johann Weinlich, Eichwalde, Kreis Seltow.

Neue Lieferbedingungen auf dem Leimmarkt.

Leime aller Art finden in den verschiedensten Wirtschaftszweigen als Roh- und Hilfsstoffe eine mannigfaltige Verwendung. Je nach dem Verwendungszweck werden die verschiedenartigsten Anforderungen an diese Leime gestellt. Da sich auf diese Weise eine kaum überschaubare Fülle von Sorten und Arten, Marken und Bezeichnungen herausgebildet hatte, und da andererseits gewisse Grundanforderungen an die verwendeten Leime ständig wiederkehren, sind auf Veranlassung der Wirtschaft vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) Arbeiten aufgenommen worden, die eine technische Vereinheitlichung des Angebotes und der Nachfrage am Leimmarkt bezwecken. Im Rahmen dieser Arbeiten sind zunächst Lieferbedingungen für Haut-, Leder-, Knochen- und Mischleim sowie Lieferbedingungen und Prüfverfahren für vegetabilische Leime und Klebstoffe und Bindemittel geschaffen worden. Weiterhin mußten die in neuerer Zeit immer mehr Eingang findenden Kasein-, Albumin- und Glutingleime berücksichtigt werden. Auf diesem Gebiete wurden zunächst Lieferbedingungen für Milchsäure-Kasein als Rohstoff und für pulverförmige Kasein-Kaltleime in Angriff genommen. Die einheitlichen Lieferbedingungen sowie Prüfverfahren für pulverförmige Kasein-Kaltleime RAL 093 C liegen jetzt vor und sind durch Unterschriftleistung von mehr als 60 Organisationen aus den verschiedensten Kreisen der Wirtschaft anerkannt worden. Die Lieferbedingungen für Milchsäure-Kasein werden im Herbst herauskommen und ebenso wie die übrigen Bedingungen beim Beuth-Verlag, Berlin S 14, zu beziehen sein.

Literarisches

Kurt Stelcher, Deutschland, Landkassier, in Baunast. (Neubearbeitete Auflage. Format 23,5 x 30,5 cm, 300 Seiten Umfang, davon 280 Seiten gangbare Bände, 20 Seiten Register. In Ganzleinen gebunden 24 M. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig C 1.) Den vielen Tausenden, die nicht über das Weichbild ihres Heimatortes hinausgekommen sind, die die Schönheiten unseres deutschen Vaterlandes vielleicht vom Erzählen gehört haben, kann nur angeraten werden, Kurt Stelcher's „Deutschland-Buch“ zu nehmen und durch diesen Meister des Lichtbildes ihre Heimat kennen und lieben zu lernen. Stelcher's Bilder sind Kunstwerke, die man nicht „sehen“, in denen man lesen muß, weil in jedem die Seele ergriffen wird. Es gibt wohl kaum einen andern Bildschöpfer, der sein Können so sehr in den Bereich der reinen Kunst erhebt, wie Kurt Stelcher. Alles ist in diesen Bildern enthalten, das architektonisch Individuelle und das unperförmliche, das das landschaftlich Gemaltene und das überörtlich Zeitlose. Die Farbstimmungen hat Kurt Stelcher einen genialen Blick. Er selbst die zartesten Lichtstrahlen im umgebenden Dunkel, die feinsten und unheimbarsten Sonnenreflexe sind in seinen Bildern zu bemerken: ein Problem, das selten gelöst wird! So ist dem in Deutschland-Buch keine einzige Bildschöpfung zu finden, die nicht einen wunderbaren Stimmungsgehalt ausstrahlt. Möge das prächtige Buch in allen Kreisen des Volkes die Aufnahme finden, die es verdient.

Muffolini ohne Maske, von Alfred Kubella. 320 Seiten, 80 Photos. Kartiert 3,50 M., gebunden 5 M. Neuer deutscher Verlag G. m. b. H., Berlin W 8. Der Verfasser gibt in diesem Reisebuch ein Bild sowohl der allgemeinen geschichtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, als auch der eigenen Erlebnisse und Beobachtungen. Es ist ein erschütterndes Bild, das er entwirft. Der Leser erfährt hier zum ersten Mal, in welchen wahrhaft furchtbaren Verhältnissen die Bauern und Arbeiter unter der faschistischen Herrschaft leben und wie sie in ihrer Masse über den Faschismus denken. Die Schilderungen sind durch genaue Zahlen, Orts- und Namensangaben, durch photographische Dokumente und durch Zitate aus der faschistischen Presse selbst belegt. Über den Leser erfährt auch aus diesem Buch Dinge über die allgemeinen Zustände in Italien, die bisher auch dem größten Teil der aller „Faschistenfahrer“ unbekannt waren und die das Phänomen des italienischen Faschismus erst richtig verstehen lassen.

Am 6. u. 7. September: Kampf um Marokko. Roman. Autorisierte Erstübertragung aus dem Spanischen von G. S. Neuenhof, 251 Seiten. Mit einer Uebersichtskarte. Sammlerleinen. Buchausstattung Jan Fichthold, 1931. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 M. Der vorliegende Roman ist nicht als ein bloßer Tatsachenbericht eines Militärs, die aus dem Kriegstagebuch des Verfassers stammenden Beobachtungen sind außerordentlich wichtige Dokumente menschlicher Psychologie des Kriegeslebens. Sie haben ihm wie zahllosen andern geistigen Führern des Volkes die Folge durch die Organe der alten Regierung zugezogen: er hat monatelang im Verborgenem leben müssen, bis ihm die Kriegsergebnisse seine Bewegungsfreiheit wiedergaben. Zweierlei ist es, was dem Buche eine besondere Note gibt: es sieht den Krieg im Sinne des einfachen Soldaten, des spanischen Bauern und Arbeiters. Gegenüber allen beschönigenden Darstellungen zeigt es in erschütternder Weise den naturnotwendigen Zusammenbruch jeder Idealisierung des Krieges. Das Grauen der Schilbung wird gemildert durch Bilder der afrikanischen Landschaft und deren Landrechtshumor. In zahllose Episoden aufgelöst, zeigt das Buch dennoch die inhaltlich romanische Begabung für Formgebung im ganzen und stilvolle Gestaltung im einzelnen. Die Uebersetzung hat das Original restlos eingebuchtet und in besonderem den Dialog, der fast ausschließlich in Katal, der spanischen Soldatensprache, abgefaßt ist, in das lebendige Deutsch übertragen. Gleich bedeutend als historisches Dokument und literarisch-künstlerische Erscheinung, verdient das Buch vor allem wegen seiner auch sprachlich feingearbeiteten, wahrhaftigen Stil in Deutschland weiteste Verbreitung.

Vom 8. Sept. bis 12. Sept. ist die 37. Beitragswoche.
Vom 13. Sept. bis 19. Sept. ist die 38. Beitragswoche.

Bekanntmachung

Ein junger Kollege vermisst.

Der Malerlehrling Gerhard Zander, geb. 22. November 1913 in Mittel-Breese, dem Verbannde beigetreten 24. Juli 1928 (Buchnummer 78 424) in Wittenberge (Bez. Potsdam) wird seit 19. August vermisst. Er ist von untersterer Statur, hat ein auffallend volles Gesicht, eine hohe Stirn und blonde Haare. Die Kleidung besteht aus Manchesterjacke, gestreiften Hosen, heller Mütze und braunen Halbschuhen. Die Eltern sind in Sorge um den Verbleib des jungen Menschen. Wer den Aufenthalt des Vermissten kennt, wird um sachdienliche Auskünfte von der Filiale Wittenberge, Theodor Körnerstr. 2, gebeten.

Bereinstell

Eingefandte Gelder im Monat August 1931

Eingefandt haben: Augsburg 100 M., Belgard 160,71, Berlin 2000, Bremerhaven 800, Breslau 2000, Buzlau 50, Celle 300, Darmstadt 1000, Forst 250, Frankfurt a. M. 1000, Fürstenwalde 150, Greifswald 40, Guben 100, Güstrow 200, Hamburg 2500, Herford 250, Hildesheim 140, Hof 450, Kiel 120, Köln a. Rh. 800, Köslin 170, Laß 35, Landeshut 60, Leipzig 1000, Liegnitz 200, Meize 200, Neustettin 100, Neustrelitz 250, Oldenburg 300, Potsdam 1500, Prenzlau 200, Regensburg 100, Reichenbach 200, Rendsburg 100, Schwerin 360, Senftenberg 180, Sorau 50, Spremberg 200, Stettin 250, Stralsund 80, Stuttgart 3000, Ulm 100, Werdau 110, Woffenbüttel 100.

L. Ringel, Kassierer.

Sterbetafel

Dresden. (Zahlstelle Laubegast.) Am 2. September starb unser Kollege Heinrich Schmidt im Alter von 60 Jahren an einem Schlaganfall.
Heidelberg. Am 10. August starb im Alter von 46 Jahren unser Kollege Heinrich Ding an den Folgen einer Bleivergiftung.
Wuppertal. Am 19. August starb an einem Herzleiden unser treuer Kollege Alfred Sturm im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Melddekanten sind beim Filialvorstand zu haben.